

Ostdeutsche Bau-Zeitung

verbindet mit

Breslau

Mitteldeutsche Bau-Zeitung Leipzig

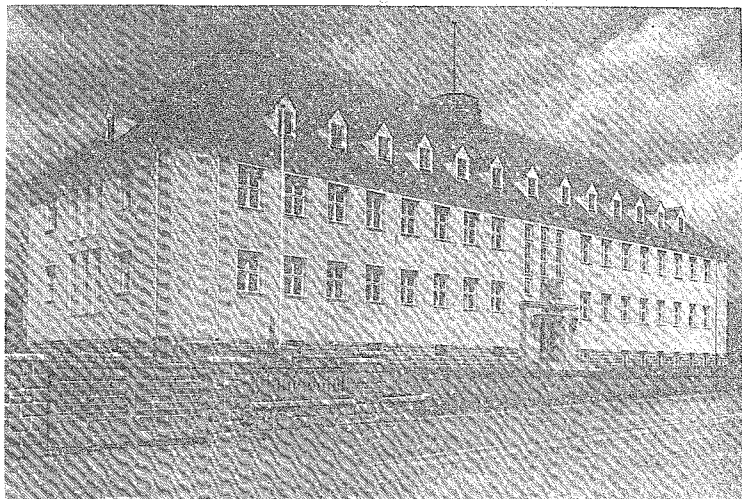
40. Jahrgang

15. Januar 1942

Nummer 3/4

Verwaltungsgebäude für das Arbeitsamt Schweidnitz (Schlesien)

Entwurf Architekt Willi Pätzold, Waldenburg (Schles.)

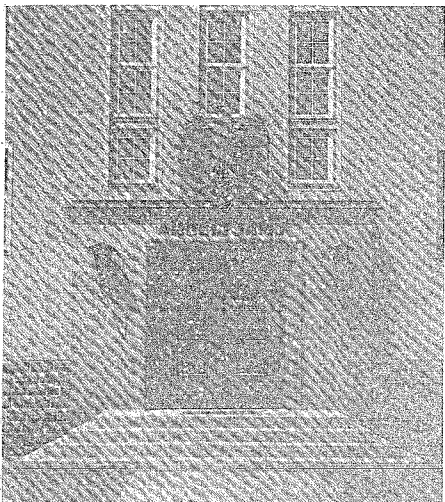


Arbeitsamt Schweidnitz. Gesamtansicht von der Waldenburger Straße. Sockel aus Liebenauer Sandbruchsteinen, Außenputz naturfarbener grober Krebputz, Fensterläschen Steinputz, stielmetallmäßig bearbeitet

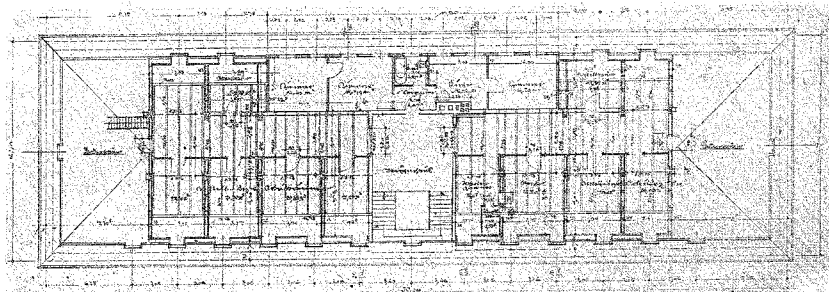
Vorgeschichte. Bis zum Jahre 1939 waren die Diensträume des Arbeitsamtes Schweidnitz in mehreren Grundstücken im Stadttinnem an zwei verschiedenen Straßen untergebracht, so daß schon seit langem das Bedürfnis einer Zusammenfassung der Diensträume in ein geeignetes Gebäude oder in einem Neubau vorlag. Die schlesische Bau-trägergesellschaft „Wohnungs- und Heimbau-G.m.b.H. des Schlesischen Handwerks“, Breslau, führte die volle Finanzierung des Bauvorhabens durch, so daß durch die besonderen Bemühungen des damaligen Amtsleiters, Regierungsrat Dr. Höfzel, die Vorarbeiten rasch fortschritten und bereits im Herbst 1938 mit dem Neubau begonnen werden konnte. Das Gebäude, das im Januar 1940 bezogen wurde, geht später als reichsheigenes Gebäude in den Besitz des Reiches über.

Lage des Gebäudes. Das Grundstück liegt in der südwestlichen Vorstadt an der Waldenburger Straße und in einer Entfernung von etwa 15 Minuten von der Ortsmitte. Die Umgebung ist bereits in zweigeschossiger Bauweise erschlossen, auch liegt ein anderes öffentliches Gebäude, das Eichamt, in nächster Nähe. Auf die Mitte des Gebäudes weist nach dem Stadtbebauungsplan eine noch neu anzulegende Straße hin, welche hier in die Waldenburger Straße einmündet.

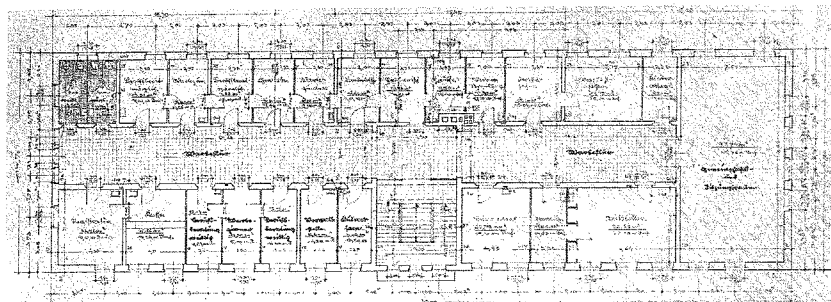
Umfang und Ausführung. Das Gebäude umfaßt 8740 cbm umbauten Raumes; die reinen Baukosten einschließlich aller fest eingebauten Aus-



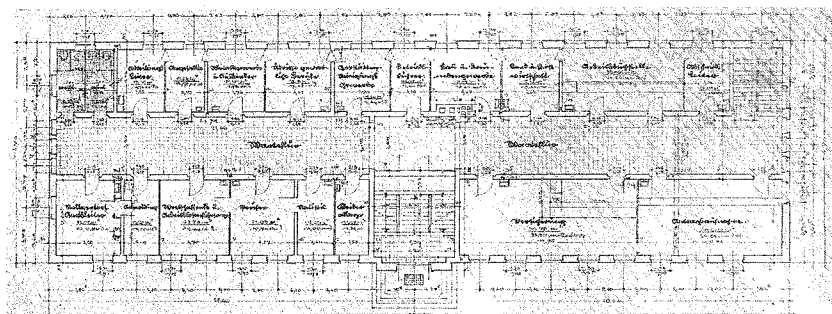
Arbeitsamt Schweidnitz. Hauptportal an der Waldenburger Straße. Hoheitszeichen und Portalumrahmung aus Liebenauer Sandbruchsteinen; Kunstschmiedearbeiten von Kunstschmied Johs. Altschier, Schweidnitz
(Alle Fotos F. Bobisch, Schweidnitz, alle Zeichnungen vom Architekten)



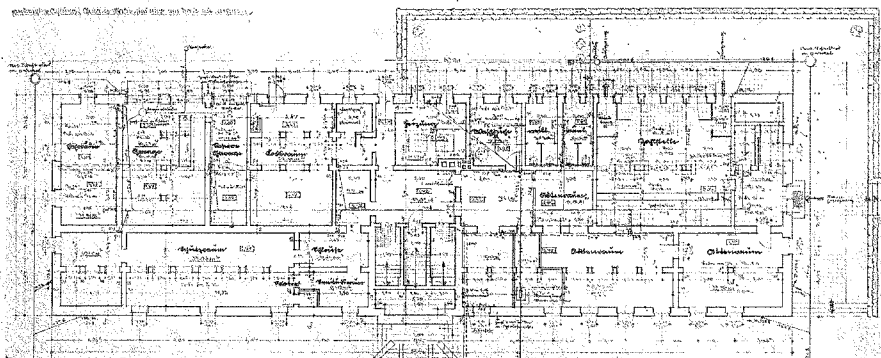
Grundriß vom Dachgeschoß



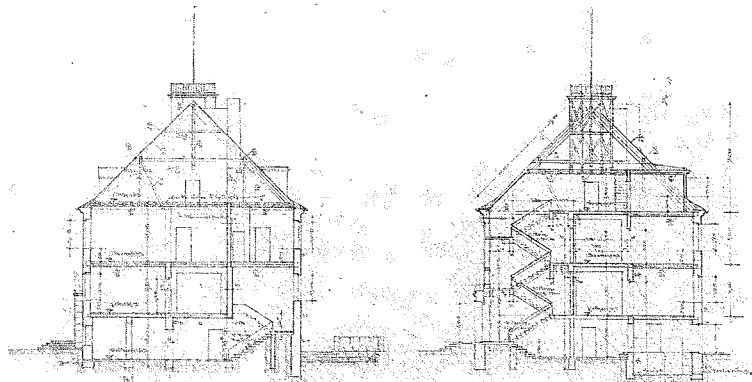
Grundriß vom Obergeschoß



Grundriß vom Erdgeschoß



Grundriß vom Kellergeschoß

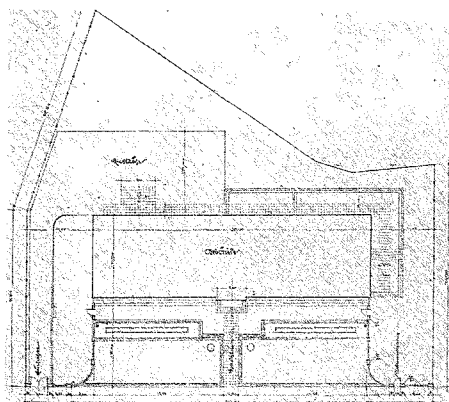


Arbeitsamt Schweidnitz. Querschnitte

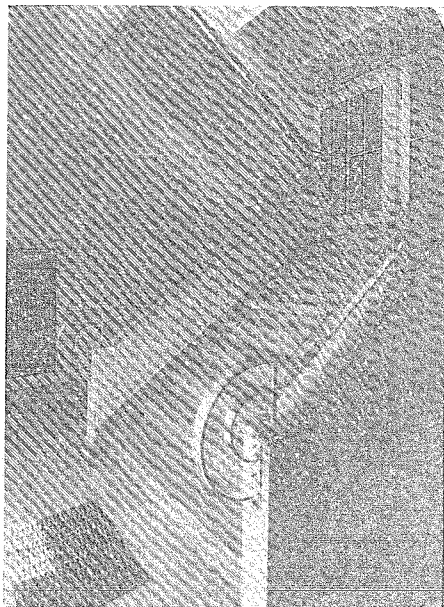
stättungen betrugen etwa 210 000 RM. Die Gesamtkosten mit aller Einrichtung, Grundstückskosten und allen Nebenkosten sind mit rund 300 000 RM errechnet.

Das Gebäude hat ein etwa 2,20 m über das Gelände reichendes Untergeschoß, zwei Vollgeschosse und ein teilweise ausgebautes Dachgeschoß. Im Untergeschoß liegen die Zahlstelle mit besonderem Ein- und Ausgang, Aktenräume, ein Brausebad für die Gefolgschaft, Luftschutzräume, mehrere Kraftwagenräume, ein Fahrradraum und Räume für die Sammelheizung. In den zwei Hauptgeschossen sind die Büroräume und der Gemeinschafts- bzw. Sitzungsraum untergebracht. Der außerordentlich breit angeordnete Mittelflur dient gleichzeitig als Warteflur. Außer der Haupttreppe ist noch eine Nebentreppe vom Seiteneingang aus bis zum Erdgeschoß vorhanden. Aborte sind ebenfalls in jedem Stockwerk angeordnet. Kleiderablagen befinden sich neben dem Haupttreppenflur in jedem Stockwerk und vor dem Sitzungszimmer. Fließendes Wasser ist in fast allen Räumen angelegt. Die Warteflure haben Massivfußboden und die Büroräume Buchenholz-Stafffußboden erhalten; alle Hauptfenster besitzen Rollläden. Im Dachgeschoß sind eine vierräumige Hausmeisterwohnung, acht Arbeitsräume, das Untersuchungs- und Wartezimmer für den Arzt sowie zwei Abstellräume untergebracht.

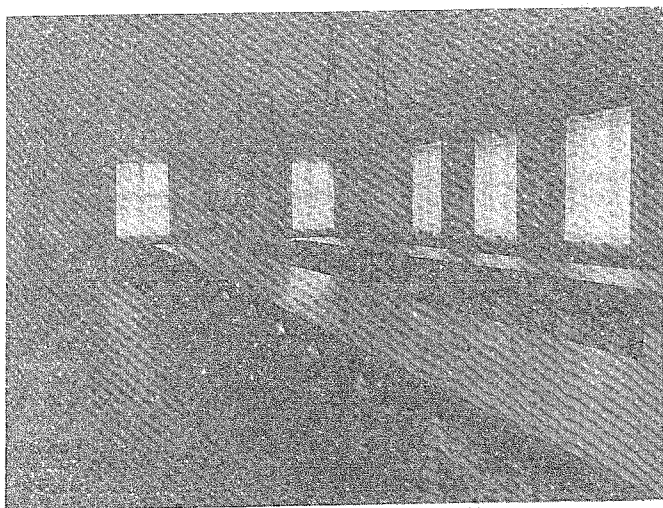
Die Grundrissgestaltung entstand unter maßgeblicher Mitwirkung des Landesarbeitsamtes und des Arbeitsministeriums. Die innere Ausstattung und Ausgestaltung zeigen die Fotos. Die Außenfronten haben einen Sockel aus Liebenauer Sandbruchsteinen erhalten; aus dem gleichen Stein ist das Hauptportal mit dem Hoheitszeichen ausgeführt. Als Außenputz ist ein naturerbener grober Kratzputz gewählt, und die Fensterläschen sind von steinmetzmäßig bearbei-



Arbeitsamt Schweidnitz. Lageplan



Arbeitsamt Schweidnitz. Treppenhalle



Arbeitsamt Schweidnitz. Gemeinschaftsraum bzw. Sitzungsraum im Obergeschoß

telem Steinputz. Das Dach ist als Doppeldach mit massivbraunen Biber-schwänzen eingedeckt. Die Uhr am Dadreiter wurde an die Zentral-Uhrenanlage angeschlossen. Die Kunstschmiedearbeiten hat der Schweid-nitzer Kunstschmied Johs. Altscher ausgeführt.

Das 16 m tiefe Vorgelände vor dem Gebäude ist ohne Umwehrung gärtnerisch gestaltet, nur die Anschlüsse an die Nachbargrundstücke haben einen Holzzaun zwischen Sandsteinpfeilern und mit Sandstein-sockel erhalten.

Gelenkte Planung

Von Hochbauingenieur und Volkswirt Dr. jur. Hanns Reuter, Berlin

Die Erfüllung wirtschaftlicher Ziele setzt, wie mehr und mehr auch in bezug auf das Bauschaffen durch die baupolitischen Maßnahmen zum Ausdruck kommt, voraus, daß eine sinnvolle Lenkung des Einsatzes, insbesondere also der menschlichen Arbeit und der Stoffe, erfolgt. Wenn wir heute einmal unter dem Gesichtspunkt gelenkte Pla-nung uns mit dem um die planende Bauvorbereitung stehenden Fragenkreis beschäftigen wollen, so darf zweierlei nicht verkannt werden. Erstens, im Rahmen einer gelenkten Wirtschaft nimmt die Len-kung der Gütererzeugung naturgemäß einen der ersten Plätze ein. Zweitens, wenn wir auch beim Bauen bisher schon von einer Len-kung gesprochen haben, so geschah dies meist hinsichtlich des Ein-satzweges an Arbeit und Stoffen, nicht aber im Hin-blick auf das Ziel des Schaffens. Auf das Bauschaffen bezo-gen wollen wir unter gelenkter Planung die Maßnahmen verstehen, die sich auf die gestalterische und konstruktive Lenkung im Stadium der Planverfassung beziehen.

Es ist, zunächst im großen Überblick, scheinbar nebeneinander, doch wohlgeordnet, alles das, was an Lenkungsmöglichkeiten der Planung sich aus Typisierung, Normung, Landschaftsnormen, Bauführen u.ä. er-gibt. Ebenso wenig wie die gelenkte Wirtschaft ein starrer und sturer Mechanismus ist, handelt es sich bei der gelenkten Planung um ein ein-spuriges und völlig bewegungsloses Gebilde. Gelenkte Planung, schöpferisches, leistungsverantwortliches Schaffen stehen sich bei weitem nicht gegenüber, sondern sind Teile bzw. Äußerungsformen eines Schaffens. Die Lenkung bezweckt ja nicht die Beweglichkeit des Schaffens abzuwürgen, sondern bei ihrem Entstehen haben sinnvolle Ordnung, Berücksichtigung der Möglichkeiten und Notwendigkeiten allein Pate gestanden.

Wenn Notwendigkeiten und Berechtigungen, die Planung zu lenken, wir uns etwa lenkende und richtungsweisende Grundsätze für andere Gebiete des Schaffens haben, heute auch manchmal noch verkannt werden, so entspringt dies der Tatsache, daß zu wenig der Un-terschied gemacht wird zwischen individualisti-schem, regellosem Planen und verantwortungs-bewußter, schöpferischer Arbeit. Hätte man vor wenigen Jahrzehnten den Bauschaffenden die Frage nahegelegt, sich etwa bei ihrer planenden Arbeit auf eine gewisse Zahl von Fenstergrößen zu beschränken, so würde einem der Vorwurf gemacht worden sein, hand-werkliches Schaffen und sinnvolles Gestalten mit den überlebens Mitteln zu bekämpfen. Es sind nun fast zwei Jahrzehnte her, daß ich einmal Gelegenheit hatte, einen recht lebendigen Eindruck über diese Dinge

— bleiben wir einmal beim genommenen Fenster — zu gewinnen. Aus irgendeinem hier nicht interessierenden Grunde war eine Ablieferung von etwa 130 angelerntigen Fenstern nicht erfolgt und diese standen irgendwo in einem eigens für ihre Lagerung gemieteten Kellerraum. Sie standen damals schon jahrelang, und der mir diese langsam ver-kümmerten Stoffwerke Vorführende sagte, daß es sich bei den Fen-stern um ausgetilene Größen und Teilungen handelte, die selbst in-folge der Berteilschaft, sie ganz billig abzugeben, nicht „gefragt“ wor-den waren. Nun soll man die Dinge nicht von der Seite nichtabge-nommener Fenster sehen, aber immerhin so ein bißchen lehrreich ist dieser Fall doch.

Bei der Planung drängt sich dem Planenden eine derartige Anzahl von Einzelfragen auf, die kaum im Regelfalle von ihm in rastloser Zu-sammenstimmung gelöst werden kann. Wenn wir nun dazu übergegan-gen sind, je nach der wirtschaftlichen und landschaftlichen Aufgabe des zu planenden Bauvorhabens Grundsätzliches herauszuarbeiten, so war vor einer Reihe von Jahren die erste Stufe die, das für förderlich Er-achte in einer Reihe von Beispielen, die lange Spalten von Büchern und Fachzeitschriften einnehmen, darzulegen; günstigenfalls wurden diese Wunschzeile unterkützt, je nachdem durch Skizzen oder auch durch rechnerische Darlegungen. Es ist nun das Kennzeichen jeder Len-kung, nicht nur ein wunschartig aufgemachtes Ziel aufzuzeichnen, son-derm — darin liegt ja eben die Lenkung — den Weg zu diesem Ziele durch feste, unverrückbare Marksteine zu bestimmen.

Wenn wir eingangs Typisierung, Normung, Landschaftsnormen, Bau-führen erwähnten, so sind diese eben die Marksteine des Weges. Weg-geossen werden immer sein, und zwar gleichberechtigt neben-einander, Konstruktion und Gestalt. Es steht doch nirgends geschrieben, daß eine Norm eines von beiden nicht zu berücksichtigen hat. Und es ist doch keineswegs so, daß der Typ, die Norm, die Baufibel nur aus der Ebene der Konstruktion herauswachsen. Wenn wir z. B. die typen-hafte Lösung der durch den Führer-Erlaß dem Wohnungsbau gestellten Aufgaben anschauen, so sind doch nicht etwa ausschließlich einseitige Erwägungen der Grund dafür, daß das an sich durchaus in gewissen Umfängen glückartige Wohnbedürfnis in gleichartigen planerischen Lösungen erfüllt wird. Ebenso wie die Frage der Mietsbelastung der künftigen Bewohner bei der Entwicklung des Typs Beachtung findet, wird etwa den Gesichtspunkten der Bevölkerungsentwicklung, der Hygiene, dem Wohnwohlbelinden und der Wohnwirtschaftlichkeit Rechnung getragen. Alles das führt dazu, daß wir die Grundsätze für den Wohnregelteil soweit verdienen können, daß

Fast 100 Jahre Bautarife

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick aus Anlaß der neuen Reichstarifordnung für das Baugewerbe

Die Reichstarifordnung für das Baugewerbe vom 1. November 1941, die von Leistungsgedanken getrieben, für die Lohngestaltung Begriffsbestimmungen und Berufsrollen gibt, steht sozusagen am Ende eines rund 100 Jahre langen, oft recht wechselvollen Werdeganges des Bautarifs.

Im Baugewerbe war schon seit langem die Neigung vorhanden, die Arbeitsverhältnisse zu vereinheitlichen und die Rechte und Pflichten der „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“ im Wege vertragsmäßiger Abmachungen durch Gesamtvereinbarung festzulegen. Bereits bei diesen ersten tarifvertraglichen Abmachungen zeigt sich die Sonderheit des Baugewerbes, dem Maurerhandwerk und dem Zimmerhandwerk. Die Buchdruckerei war bereits am Anfang 1800 zur Entwicklung der Tarifverträge gekommen. Von den beiden Haupthandwerken des Baugewerbes, dem Maurerhandwerk und dem Zimmerhandwerk, benötigte das letztere zuerst zum Abschluß von Tarifverträgen. Im Hamburger Zimmergewerbe finden wir in den 1850er Jahren tarifliche Vereinbarungen, deren förmliche Tarifkämpfe vorausgegangen waren. Das Maurergewerbe hingegen hat die eindeutige Stellungnahme zum Tarifvertrag als Arbeitgeberverband im Januar 1899 gezeigten. Geleitet durch die Annahme, daß durch den Abschluß solcher Verträge „Streiks zu vermeiden seien“, aber auch im Maurergewerbe waren Tarifgebilde schon vor der Jahrhundertwende vorhanden. Vorübergehend fanden sich solche in den 1870er und 1880er Jahren in Altona, so die „Lohnliste pro 1875 zwischen der Altonaer Bauhütte einerseits und den Maurergesellen von Altona, Ottensen und Umgegend andererseits“. Doch hatte die „Arbeitskarte“ oder „Lohnliste“, die einseitig vom Maurermeister im Jahre 1888 als entwickeltes sich eine reguläre Tarifartigkeit. So sind für 1895 bereits 15 und für 1897 37 Ortsrat der Maurer nachweisbar. Durch den Aufschwung der Innungen wurden die Werkstatattarife allmählich zu Orts- und Bezirkstarifen entwickelt. Bahnbrechend wirkte hier der „Tarifvertrag für das Baugewerbe von Groß-Berlin vom 24. Juni 1899“. Seitens des Verbandes deutscher Baugewerksmeister war schon früh die Neigung zum allgemeinen Austausch von Arbeitgebervereinen vorhanden, und auf dem Verbandstage in Breslau am 6. September 1898 wurde zur Gründung eines „Vereins ganz Deutschland umfassenden „Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ gefaßt. 1905 gab es bereits 400 baugewerbliche Tarifverträge, die 9844 Betriebe mit 188 018 Arbeitern erfaßten. Dann begann langsam eine Bewegung im baugewerblichen Tarifwesen, der ein gewisses Konzentrationsbestreben innezuwuchs. Die Ortsstarife treten zurück und die Bezirkstarife gewinnen an Bedeutung. Auch machen sich Bestrebungen für ein einheitliches Tarifsystem geltend. In der am 17. und 18. Februar 1908 abgehaltenen Generalversammlung der Zwischenzeit entstandenen „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ wurde ein wesentlicher Beschluß für die reichseinheitliche Regelung gefaßt. Nach längeren Verhandlungen kam es im März 1908 zu einer Einigung auf diesem Gebiet. Diesen ersten Reichstarifvertrag folgte eine ununterbrochene Reihe von teils nach harten Kämpfen zustandekommenen Reichstarifverträgen. In den Tarifbetrieben wurden im Jahre 1911 91 942 Personen gezählt, 1922 waren es 198 665 Betriebe mit 591 972 Personen. Von 1908 bis zum Ablauf des Reichstarifvertrages am 31. März 1924 war die Beständigkeit in der Aufeinanderfolge der Bautarife gewahrt worden. Dann aber zeigte sich, daß die Liquidation der Nachkriegsverhältnisse auch auf das baugewerbliche Tarifwesen sehr stark und nachhaltig einwirkte. Namentlich das Jahr 1925 wurde ein solches stärkerer Spannungs zwischen den Tarifparteien. Nach einem vorläufigen Abkommen vom 13. Februar 1926 kam es endlich am 19. März 1927 zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages. Nicht weniger als 23 Verhandlungen hatte es bedurft, um die notwendige Einigung zu erzielen. Für den Reichstarifvertrag war eine zweijährige Vertragsdauer vorgesehen, während für die Lohnfeststellung einjährige Zeiträume bestimmt worden waren. Am 30. März 1929 schloß dann ein neuer „Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten“, an dessen Geltung für die Zeit vom 1. April 1929 bis zum 31. März 1931 kam es endlich am 19. März 1927 zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages abgeschlossen, der wieder zum zweijährigen Geltungsdauer 1933 ablaufen sollte. Auch dieser Vertrag ist nur nach heftigen Kämpfen zustandekomme. Soweit in ihm ein Nachgeben der Arbeitnehmer zum Ausdruck gekommen war, fand dieses in der damaligen ganz katastrophalen baugewerblichen Arbeitslosigkeit seine Begründung. Bei Beginn der Bauinsolation 1933 waren bis zu drei Viertel des Arbeiterbestandes arbeitslos.

Durch den Umbruch nach der Machterobernahme durch den Nationalsozialismus, der sich auch auf dem Gebiete des Arbeitsrechts 1933 vollzogen hat, begann an die Stelle des Tarifvertrages, also der Parteivereinbarung von Vertretern der zwei im baugewerblichen Arbeitsvertrag beteiligten Gruppen, die Tarifordnung zu treten, die den wesentlichen und grundsätzlichen Unterschied zu den bisherigen Bautarifen in bekannter Weise darin schuf, daß sie ein gesetzgeberischer Pakt ist. Zunächst allerdings galten ganz allgemein die Tarifverträge als Tarifordnungen weiter. Das Arbeitsordnungsgesetz vom 30. Januar 1934 brachte die Grundgesetze an sich für die völlige Neuordnung des baugewerblichen Tarifwesens. Nun wuchs auch das Bewußtsein, daß das Baugewerbe zu einer außerordentlich wichtigen Bautätigkeit führt, die daß dabei sowohl aus der sozialpolitischen Zielsetzung als auch aus den bauwirtschaftlichen Belangen heraus, eine völlige Neuordnung des Bautarifes erforderlich wurde, die sich in der Reichstarifordnung für das

Baugewerbe vom 26. November 1936 bereits anzeigte. Die nachfolgenden Jahre brachten ein noch weiteres Ansteigen der Bautätigkeit sowie die besondere Lage bei den Bauten der Wehr- und Wirtschaftspolitik, die auch hinsichtlich ihres Standortens neue Fragen aufwarfen. Allmählich war es notwendig, diese einzelnen Fragen durch neben dem Reichstarif bestehende Tarifordnungen zu regeln, wie dies für den Urlaub, die Familienheimfahrten, den witterungsbedingten Arbeitsausfall usw. erfolgt ist. Um wieder zu einer einheitlichen und zusammenfassenden übersichtlichen Regelung zu kommen, war bereits im Frühjahr 1940 eine Neufassung der Reichstarifordnung vorläufiglich worden. Das Inkrafttreten dieser Neufassung war aber hinausgeschoben worden, und nur hinsichtlich der Erschwerungszuschläge erfolgte eine vorläufige Lösung. Daneben sind die Arbeiten zur Neugestaltung des Bautarifsrechts und zu seiner Ausrichtung auf die besonderen Verhältnisse des Krieges weitergegangen. Das Ergebnis ist die Reichstarifordnung für das Baugewerbe vom 1. November 1941, über deren Einzelheiten in unserer Zeitung (Heft Nr. 50/52/1941) erschöpfend aus sachkundiger Feder berichtet worden ist. Die Hauptziele der neuen Reichstarifordnung finden sich auch in der Aufstellung neuer Grundsätze für die Lohngestaltung, die auf einer neuen Berufsordnung beruhen, der Schaffung einer Stammanenschaft, arbeitsrechtlicher Grundsätze für die Arbeitsverhältnisse, der Bedeutung des Arbeitsrechts im Rahmen der Baupolitik, d. h. die Gestaltung des Kostenfaktors Arbeitsanwand, hat in der Neugestaltung des Bautarifsrechts die notwendige und berechnete Berücksichtigung gefunden.

Fast 100 Jahre Bautarife in vier wirtschafts- und sozialpolitisch verschiedenen Zeitaltern: der Zeit vor der Gründung des Deutschen Reiches, dem Kaiserreich, der Systemzeit und der nationalsozialistischen Gegenwart zeigen den Werdegang auf. Von betrieblichen tariflichen Vereinbarungen über Orts-, Bezirks- und Reichsregelungen in der Form tarifvertraglicher Abmachungen bis zur Reichstarifordnung als gesetzlicher Regelung des Bautarifsvertrages ging der lange Weg. Dr. R. B.

Die Dachhaut in der Baugestaltung

Von der Münchener Arbeitsabteilung des Arbeitskreises Baugestaltung in der Fachgruppe Bauwesen (NSBDT.)

Eine harmonische Einfügung der Bauwerke in die Landschaft setzt voraus die Verwendung bodenständiger Werkstoffe und deren handwerklich richtige Verarbeitung sowie die richtige formale Behandlung des Bauwerkes im Zusammenhang mit seiner Umgebung. Es handelt sich dabei um ein technisches Problem ebenso wie um ästhetische Entscheidungen. Lösung bildet ist in der Baukunst Voraussetzung der Vollendung des einheitlichen Werkes. Außer dem Bankörper in seiner dreidimensionalen Erscheinung, außer den Umfassungswänden und deren Unterteilung durch Fenster, Türen, Tore und sonstige architektonische Merkmale gibt hauptsächlich das Dach dem Gebäude das charakteristische Gepräge. Beim Dach ist zu unterscheiden: Form (Giebel, Waln, Neigungswinkel usw.) und Farbe (im wesentlichen gegeben durch das Material).

Neue Gesichtspunkte auf diesen Gebiet gebracht zu haben, ist — so berichtet die „Deutsche Siedlung“ Nr. 10/1941 — einer Veranstaltung des Arbeitskreises Baugestaltung in der Fachgruppe Bauwesen (NSBDT.) am 28. und 29. 11. 1941 im Vortragssaal des Deutschen Museums zu München. Dort haben Vertreter der Baugestaltung, der Baubehörden, des Bauhandwerks und der Baustoffwerke sich erstmals zusammengefunden, um das Problem der Dachhautgestaltung fachwissenschaftlich zu behandeln. Der Reichsinstandmeister des Dachdeckerhandwerks, Decker, hat persönlich an den Verhandlungen teilgenommen. Auch der Reichskommissar für den sozialen Wohnungsbau war vertreten. Die Leitung der Veranstaltung hatte Dipl.-Ing. Böcker. Vorträge hielten Prof. Alwin Seifert, München, über „Das Dach in der Landschaft“, Landesbaupfleger Nagel, Dresden, über „Die Karte der Dachdeckungsarten des Reiches“, Dipl.-Ing. Weiß, Berlin, über „Konstruktion massiver Dachstühle und massiver Dachstuhl zum Luftschutz“, Oberbaudirektor Erdmannsdorfer über „Neues von Zementdachstein“, Oberstadtdirektor Kaminski über „Vorzüge des Weichdaches (Stroh und Schiefer)“, Reg.-Baumrat Hellerbrand über „Das Schieferdach“ und Dr. Kunz über „Neue Versuche am Asbestzementdach“.

Metalleinsparung und Austauschstoffe in der Elektro-Installation

Die Notwendigkeit, den Verbrauch devisenpflichtiger Rohstoffe, insbesondere an NE-Metallen in Installationsanlagen, einzuschränken und, wo möglich, Austauschstoffe zu verwenden, ist allgemein bekannt. Ein erheblicher Teil devisenpflichtiger Sparstoffe geht gerade in Form von NE-Metallen wie Kupfer, Blei, Zinn und dergleichen durch die Hände der Bauwirtschaft. Zur Erreichung des von Staat gestellten Zieles ist es daher unerlässlich, daß jeder, der mit Planung von Bauvorhaben zu tun hat, sich Kenntnisse über die richtige Anwendung der Austauschstoffe wie Bismut, Antimon, Zinn, Zinnblei, Zinn-Kupfer und über die wichtigsten technischen Möglichkeiten der Metalleinsparung verschafft. Nur so lassen sich Fehlleistungen von Rohstoffen, Fertigerzeugnissen und Arbeitskräften vermeiden.

Allgemein wäre zu sagen, daß der heutige Stand der Elektrizitätsanwendung auf allen Gebieten des täglichen Lebens, im Heim, an der

Anordnung über die Gebühr der Architekten (GOA) vom 15. August 1942

(Veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“ vom 21./22. August 1942)

Auf Grund des § 23 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1935 (RGBl. I S. 777) wird für das Gebiet des Großdeutschen Reiches unter Vorbehalt der Inkraftsetzung im Protektorat Böhmen und Mähren mit Genehmigung des Reichministers für Volksaufklärung und Propaganda angeordnet:

I. Abschnitt

Anwendung der Gebührenordnung

§ 1

Geltungsbereich

Architekten sind verpflichtet, das Entgelt für Leistungen im Sinne der §§ 1 (Abs. 1, 2) und 2, 4 der Ersten Anordnung über den Beruf des Architekten vom 22. Juli 1936 (I. B. Nr. 215 vom 2. August 1936) nach den Bestimmungen der nachfolgenden Gebührenordnung zu berechnen.

§ 2

Allgemeine Bestimmungen

(1) Bei allen Leistungen, für die Gebührensätze nicht vorgesehen sind, gilt als Grundlage für die Berechnung die Gebühr derjenigen Teilleistungen, der die Leistungen nach Umfang und Art am nächsten stehen.

(2) Die wiederholte Verwendung von Architektenarbeiten außerhalb des abgeschlossenen Architektenvertrages, wie z. B. Entwürfen, Kostenschätzungen usw., ist unbeschadet der vorübergehenden Vorschriften, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des § 2 GOA, erneut gebührenschriftlich.

(3) Die Entschädigungsansprüche des Architekten gegenüber dem Auftraggeber bei Kündigung oder Einschränkung der vertraglichen Leistungen richten sich nach den vertraglichen oder gesetzlichen Bestimmungen.

(4) Werden einem Architekten die gesamten Architektenleistungen zur Herstellung eines Werkes übertragen, so ist er verpflichtet, alle Teilleistungen des § 7 Ziffer 1 durchzuführen.

(5) Leistungen von besonderer künstlerischer, technischer oder wirtschaftlicher Bedeutung berechnen den Architekten, eine Erhöhung der Gebühr vor Beginn seiner Tätigkeit zu vereinbaren. Die besondere Bedeutung wird auf Anfordern durch einen Sachverständigenausschuss bei dem Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste festgestellt.

(6) Wird die vereinbarte Baueinfolge von Umständen, die der Architekt nicht zu vertreten hat, überschritten, so steht dem Architekt das Recht der Beauftragung betrauten Architekten für diese Leistungen eine Mehrgebühr zu, die sich zur Regelgebühr verhält wie die tatsächliche Bauzeit zur Regelbauzeit. Als Regelbauzeit ist diejenige Bauzeit zu verstehen, die bei der für Teil des Vertragschlusses bestehenden Lage zur übergreifenden Ausführung des Bauwerks erforderlich erscheint. Weist ein Vertragsgang nach, daß eine nach Absatz 1 errechnete Mehrgebühr im Einzelfall unangemessen ist, so kann er verlangen, daß an Stelle der Mehrgebühr die Erstattung der durch die Bauzeitverlängerung verursachten Mehrkosten zuzüglich einer angemessenen Vergütung tritt. Dabei darf im allgemeinen ein Aufschlag von 30 % auf die tatsächlichen Mehrkosten als angemessene Vergütung behandelt werden.

(7) Will der Architekt in Ausnahmefällen von den Gebührensätzen nach unten abweichen, so hat er hierfür vor Abschluß des Vertrages die Genehmigung des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste oder den zuständigen Landesleiter der Kammer unter eingehender Darlegung der Gründe einzuholen.

Gerante

Übernimmt der Architekt über das übliche Maß hinaus durch Verpfändung der Gerante für die Nichtüberschreitung der von ihm festgestellten Kostenanschläge, so kann er eine Erhöhung der Gesamtgebühr des Architekten bis 50 % V. H. vereinbaren.

II. Abschnitt

Gebühr für Architektenleistungen

§ 4

Grundlagen der Gebühr

(1) Die Gebühr für die Leistungen des Architekten richtet sich grundsätzlich nach der Bauklasse und der Höhe der Kostenschlagsumme, die für die Gebührenberechnung verwendet werden. Die Gebühren werden nach der Bauklasse zugeordnet, ist, so ist das Ausgabeverhältnis nach § 22 zu errechnen und die entsprechende Bauklasse festzustellen.

(2) Wird ein Kostenschlag nicht oder nicht von dem mit der Durchführung von Architektenleistungen beauftragten Architekten angefordert, so findet die Gebührenerrechnung nach dem Kostenvoranschlag und nach der Bauklasse statt, der das Werk angeht, sofern nicht die in den §§ 1 und 2 der Gebührenordnung, die Bauteile bezogen auf die geordneten Sonderleistungen eingetrennt. In Fällen, in denen mit Rücksicht auf die Höhe der Herstellungssumme vor Baubeginn ein Kostenschlag vorabveranschlagt wird, ist nach der Baueinfolge ein Kostenvoranschlag für das Gesamtbaubauwerk anzufordern. Während der Bauzeit ist innerhalb dieses Rahmens die Baueinfolge für einzelne Bauabschnitte zu überprüfen, und zwar damit, daß der Architekt vor Abschluß des Honorars entsprechend der Kostenvoranschlagssumme für das Gesamtbaubauwerk festgelegt wird, während die endgültige Honorarberechnung nach der Gesamtsomme aus den vom Bauherrn einzeln zu eingehenden Kostenschlägen vor Abschluß des Honorars erfolgt.

(3) Erhöhen sich die Baukosten nach Fertigstellung der Kostenschlagsumme durch Maßnahmen des Auftraggebers oder mit seinem Einverständnis oder durch Umstände, die der Architekt weder kennen noch kennen durfte, den für die Gebührenberechnung die Baukosten nach der festgestellten Kostenschlagsumme hinzu. Wird die Kostenschlagsumme überschritten, so sind die endgültigen Baukosten für die Gebührenerrechnung maßgebend.

(4) Der Architekt ist verpflichtet, dem Auftraggeber eine zu erwartende Erhöhung der Kostenschlagsumme oder seiner Gebühr aus sonstigen Gründen unverzüglich mitzuteilen. Die Architektgebühr selbst umfassen Nebenkosten sind vom Architekten gesondert in den Kostenschlag und Kostenvoranschlag einzusetzen.

(5) Bei Umbauten oder Veränderungen von Bauteilen, bei denen die Bauklasse des vorhandenen Bauwerkes verändert wird, ist die Gebühr nach der neuen Bauklasse zu errechnen.

(6) Die Gebühr wird in Hundertteilen der Kostenschlagsumme bzw. Kostenvoranschlagssumme und nach der Bauklasse, der das Werk angeht, unter Berücksichtigung der Bestimmungen der §§ 8 bis 16 und 17 bis 20 der Gebührenordnung berechnet. Der zutreffende Hundertsatz ist der Gebührentafel des § 6 zu entnehmen.

§ 5

Besonderer Nachweis und Vergütung der Personal- und Bürokosten

Weist der Architekt nach, daß seine Personal- und Bürokosten für die Bauvorhaben mehr als 70 % V. H. der Gesamtgebühr betragen, haben, so ist ihm der darüber hinausgehende Betrag als Ausgabe gesondert zu erstatten. Die Bürokosten werden mit 80 % V. H. der Personalkosten angenommen. Der Architekt ist verpflichtet, über seine Personal- und Bürokosten laufend nachprüfbar Aufzeichnungen zu führen und die Notwendigkeit der 70 % V. H. des Honorars übersteigenden Kosten dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 6

Gebührentafel

(1) Gebührensätze in Hundertteil der Kostenschlagsumme

Ausgabeverhältnis:

Kostenschlagsumme in RM	bis 25000	über 25000 bis 50000	über 50000 bis 100000	über 100000 bis 200000	über 200000 bis 500000	Aus- stufungen	Arbeiter- verhältnis (zu GOA)
	Bauklassen:						
5 000 u. darunter	I	II	III	IV	V	VI	VII
10 000	5,50	6,50	8,10	10,10	11,50	18,10	6,30
20 000	5,10	6,10	7,70	9,70	11,10	17,10	6,10
30 000	4,85	5,85	7,45	9,45	10,45	16,45	5,85
40 000	4,60	5,60	7,20	9,20	10,20	16,20	5,60
50 000	4,35	5,35	6,95	8,95	9,95	15,95	5,35
60 000	4,10	5,10	6,70	8,70	9,70	15,70	5,10
70 000	3,85	4,85	6,45	8,45	9,45	15,45	4,85
80 000	3,60	4,60	6,20	8,20	9,20	15,20	4,60
90 000	3,35	4,35	5,95	7,95	8,95	14,95	4,35
100 000	3,10	4,10	5,70	7,70	8,70	14,70	4,10
200 000	2,30	3,30	4,90	6,90	7,90	13,90	3,30
300 000	1,90	2,90	4,50	6,50	7,50	13,50	2,90
400 000	1,60	2,60	4,20	6,20	7,20	13,20	2,60
500 000	1,30	2,30	3,90	5,90	6,90	12,90	2,30
600 000	1,05	2,05	3,65	5,65	6,65	12,65	2,05
700 000	0,80	1,80	3,40	5,40	6,40	12,40	1,80
800 000	0,55	1,55	3,15	5,15	6,15	12,15	1,55
1 Million	0,30	1,30	2,90	4,90	5,90	12,90	1,30
2 Millionen	0,19	0,99	2,59	4,59	5,59	12,59	0,99
3 Millionen	0,13	0,73	2,33	4,33	5,33	12,33	0,73
4 Millionen	0,11	0,61	2,11	4,11	5,11	12,11	0,61
5 Millionen	0,09	0,49	1,99	3,99	4,99	12,99	0,49
6 Millionen	0,08	0,38	1,88	3,88	4,88	12,88	0,38
7 Millionen	0,07	0,37	1,77	3,77	4,77	12,77	0,37
8 Millionen	0,06	0,36	1,66	3,66	4,66	12,66	0,36
9 Millionen	0,05	0,35	1,55	3,55	4,55	12,55	0,35
10 Millionen	0,04	0,34	1,44	3,44	4,44	12,44	0,34

(2) Für Bauvorhaben mit darüberliegenden Kostenschlagsummen werden die Hundertsätze der Gebühr im Einzelfall vom Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste festgesetzt.

(3) Für Zwischenstufen der angegebenen Herstellungssummen sind die Gebührensätze zwischenwärtlich zu ermitteln.

(4) Der Architekt kann seine Gebühr nach dem Zeitauflauf gemäß § 33 berechnen, sofern die Herstellungssumme unter der niedrigsten Stufe dieser Gebührentafel bleibt.

(5) Diese Gebührensätze enthalten nicht die Vergütung für die Bauführung (§ 7 Ziffer 2a) und für die Leistungen des § 11 sowie die Erstattung der Auslagen nach § 25.

§ 7

Einteilung der Bauklassen

Die nachstehende Einteilung kann für die abschätzungsweise Ermittlung des Ausgabeverhältnisses nach der Bauklasse als Richtlinie benutzt werden.

Bauklasse I. Schuppen, Scheunen, Baracken, Behelfsbauten, einfache Lichtschuttbauten, Tarnungsbauten, Einfriedungen, Zäune ohne architektonische Ausgestaltung.

Bauklasse II. Einfache Ställe und andere landwirtschaftliche Anlagen einfacher Art, einfache Industriebauten und Hallen, einfache Werkstätten und Geräteschuppen, einfache Speicher und Lagerhäuser, einfache Kraftfahrzeug-Einstellräume, Lichtschuttbauten mit besonderem Ausbau, einfache Versammlungsräume, einfache Lichtschuttbauten, Tarnungsbauten, Einfriedungen, Zäune ohne architektonische Ausgestaltung.

Bauklasse III. Wohnbauten einfacher Art, Gebäude für industrielle und gewerbliche Zwecke, Kraftfahrzeug-Einstellräume und Fahrzeughallen, Tankstellen, Mannschaftshäuser, einfache Herberge- und Gefolgschaftshäuser, einfache Gaststätten, einfache Erholungsheime, Stranotenellen, Küchenzeile, Wärd, und Desinfektionsanstalten, einfache Schlacht- und Viehhöfe, Volksschulen, Erziehungsanstalten, Zirkusbauten, einfache Kirchen- und Kulturbauten, einfache HJ-Heime.

Bauklasse IV. Wohnbauten mit besserem Ausbau, Geschäfts- und Kurhäuser, Verwaltungsbauten, Banken und Börsengebäude, Post- und Telegraphenbauten, Gerichte, Archive, Bibliotheken, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Museen und Schirmhäuser, Kontenbüros, Versammlungsräume, einfache Lichtspieltheater, Gast- und Vergnügungstätten mit besserem Ausbau, Rathhöfe, Hotels, Gefolgschafts- und Sporthäuser mit besserem Ausbau, Mittel-, Haupt- und Gewerkschaftsbauten, Gebäude schwerer Art für industrielle und gewerbliche Zwecke, Kirchen und Kulturbauten mit besserem Ausbau, Turn- und Markthallen, Friedhofsbauten.

Bauklasse V. Wohnbauten mit reichem Ausbau, alle vorgezeichneten privaten und öffentlichen Bauten der Kostenschlagsumme des Einzelfalles, Museen, Theater, Hochschulen, Universitäten, wissenschaftliche Institute, Akademien, Rathhäuser, Ministerien, Botschaften, Stadthallen, Kurheime, Sanatorien, Flaktürme.

Bauklasse VI. Ausstattungen Einrichtungsgegenstände in Gebäuden, wie z. B. Möbel, Leuchtkörper usw., Ferner Säuldenkmäler, Brunnen, Aktbildanlagen, Wasser-, Luft- und Landfahrzeuge.

§ 8

Mehrere Werke

(1) Umfaßt ein Auftrag mehrere gleiche Werke, so ist für ein Werk die Gebühr nach dem Gebührensatz der Kostenschlagsumme des Einzelfalles für die Wiederholung eines gleichen Werkes die Hälfte dieser Gebühr zu berechnen. Als gleiche Werke sind solche anzusehen, die nach dem gleichen Entwurf und

berstundenarbeit, Lohnzuschläge für Sonntags-, Feiertags-, Nacht- und

§ 22

Ausbauverhältnis

(1) Das Ausbauverhältnis ist das Verhältnis des Kosten der Ausbaubauarbeiten zu der Summe der Kosten der Rohbaubauarbeiten und Ausbaubauarbeiten.

(2) Rohbaubauarbeiten im Sinne der Gebührenordnung sind alle Arbeiten, die im allgemeinen zur Fertigstellung des Rohbaues erforderlich sind, wie:

- a) Abbrucharbeiten,
- b) Erd- und Gründungsarbeiten,
- c) Maurerarbeiten,
- d) Asphalt-, Dichtungs-, Isolierungsarbeiten,
- e) Beton- und Eisenbetonarbeiten,
- f) einfache Steinmetz- (Steinbauer-)arbeiten,
- g) Zimmer- und Stakarbeiten,
- h) Eisenkonstruktionen und Schmiedearbeiten (Bauseite),
- i) Dachdeckerarbeiten und Blitzschutzanlagen,
- j) Klempner-, Spengler-, Fächler-, Blechschneiderarbeiten,
- k) alle zum Rohbau gehörigen Rüstungs-, Neben- und Hilfsarbeiten.

(3) Ausbaubauarbeiten im Sinne der Gebührenordnung sind alle Arbeiten, die zur Fertigstellung des Baues vom Rohbau bis zur Benutzbarkeit erforderlich sind, wie:

- a) Putz- und einfache Stuckarbeiten, Rahlitz- und Mauerarbeiten, Anstricharbeiten ohne Modelle,
- b) Estricharbeiten, fugenlose Beläge,
- c) Kleben- und Plattenlegerarbeiten,
- d) Schmiedearbeiten,
- e) Baufacharbeiten einschl. Fußböden,
- f) glänzende Treppen aller Art,
- g) Bauschlosser-, Beschlagarbeiten,
- h) Sanitärarbeiten und Oberfläch,
- i) Anstricharbeiten,
- j) Klebarbeiten (Papete, Linoleum usw.),
- k) Ofen- und Herdarbeiten,
- l) Zentralheizung-, Warmwasserbereitungs-, Kahl- und Lüftungsanlagen, einschl. Isolierungen,
- m) Be- und Entlüftungsanlagen und Gebläseanlagen,
- n) elektrische Anlagen (Stark- und Schwachstromanlagen) und maschinelle Anlagen aller Art, sofern sie nicht dem industriellen Betrieb dienen,
- o) Putzraumarbeiten, Sicherstellungsarbeiten,
- p) Sonnenschutzvorrichtungen, Rolll-, Klapp- und Schiebeläden, Verdunklungsanlagen,
- q) alle sonstigen zur Vollendung des Werkes erforderlichen Arbeiten, Lieferungen und Hilfsarbeiten des Ausbaues.

(4) Außenanlagen im Sinne der Gebührenordnung sind die in DIN 276 unter C, Abs. 2 aufgeführten Arbeiten.

§ 23

Ermittlung der Kostenanschlagssumme

Solange die Kostenanschlagssumme nicht feststeht, wird sie vom Architekten durch Anfertigung eines Kostenvorschlages geschätzt.

§ 24

Anrechnung von geleisteten Arbeiten oder Baustoffen

(1) Übernimmt der Auftraggeber selbst Arbeiten oder Lieferungen, so wird deren ortsüblicher Wert der Kostenanschlagssumme hinzugerechnet. Ebenso wird bei Verwendung vorhandener oder vorgekaufter Baustoffe und Bauteile sowie bei Stütungen, bei Rückverwendungen oder Vergütungen seitens der Unternehmer und Lieferant und bei allen Arbeiten und Lieferungen verfahren, deren Kosten nicht vom Auftraggeber getragen werden.

(2) Bei der Errichtung von Baracken, die durch den Auftraggeber ohne Mitwirkung des Architekten beschaffen werden, sind die Anschaffungskosten bei der Berechnung der Architektengebühr gemäß § 7a-2 außer Ansatz.

III. Abschnitt

Gebühren für städtebauliche Leistungen

§ 25

Inhalt der Leistungen

(1) Städtebauliche Arbeiten sind:

- a) Wirtschaftspläne: Sie dienen der geordneten Nutzung des Bodens gemäß dem Wohnungsgesetz und bestehen in der Regel aus
 - i) dem vorläufigen Wirtschaftsplan im Maßstab 1:25 000 und der dazugehörigen kartennmäßigen Darstellung des bestehenden Zustandes im gleichen Maßstab mit Angabe von Hauptverkehrsstraßen, Verkehrsbändern, Energieleitlinien, Grundbesitz, öffentlichen, Gelände- und landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gartenwirtschaftliche Nutzung; Gelände, die für eine Bebauung nicht in Frage kommen, vorhandene Bebauung, bestehende und bisher vorgesehene Aufteilungen;
 - ii) dem endgültigen Wirtschaftsplan im Maßstab 1:10 000 und der dazugehörigen kartennmäßigen Darstellung des bestehenden Zustandes im gleichen Maßstab mit Angabe der Einzelheiten wie Ziffer 1 i).
- b) Gesamtbedarfspläne: Sie umfassen in größeren Zügen die städtebauliche Aufgabe auf der Grundlage der Wirtschaftspläne und enthalten allgemeine Lösungen von Hauptverkehrswegen, Eisenbahn- und Wasserbauaufgaben, Erschließung der Wohn- und Industriegebiete, allgemeine Verteilung der öffentlichen Bauwerke und Anlagen, bei kleineren Aufgaben auch die Einteilung der Grundstücke.

(2) Teilbedarfspläne und Teilerschließungspläne: Sie werden in der Regel auf der Grundlage der Gesamtbedarfspläne im Maßstab 1:10 000 und der dazugehörigen kartennmäßigen Darstellung des bestehenden Zustandes im gleichen Maßstab mit Angabe der Einzelheiten wie Ziffer 1 i).

(3) Bei Teilbedarfs- und Teilerschließungsplänen sind bebaute oder bestehende Flächen mitzurechnen, wenn dabei Anschlüsse usw. zu berücksichtigen sind.

§ 26

Berechnung der Gebühr

(1) Die Höhe der Gebühr richtet sich nach der Größe des zu bearbeitenden Gebietes.

(2) Bei Feststellung der Flächengröße sind die bebauten Ortslagen mitinzurechnen.

(3) Bei Teilbedarfs- und Teilerschließungsplänen sind bebaute oder bestehende Flächen mitzurechnen, wenn dabei Anschlüsse usw. zu berücksichtigen sind.

§ 27

Gebührentafel

(1) Vorläufiger Wirtschaftsplan, § 25 a, 1:

bis	750 ha	RM 6,60 für jeden ha
1 000
1 500
2 000
2 500
3 000
4 000
5 000
10 000
15 000
20 000
und darüber

(2) Endgültiger Wirtschaftsplan, § 25 a, 2:

bis	750 ha	RM 7,50 für jeden ha
1 000
1 500
2 000
2 500
3 000
4 000
5 000
10 000
15 000
20 000
und darüber

(3) Gesamtbedarfsplan, § 25 b:

bis	750 ha	RM 5,- für jeden ha
1 000
1 500
2 000
2 500
3 000
4 000
5 000
10 000
15 000
20 000
und darüber

(4) Teilbedarfs- und Teilerschließungsplan, § 25 c:

bis	750 ha	RM 6,- für jeden ha
1 000
1 500
2 000
2 500
3 000
4 000
5 000
10 000
15 000
20 000
und darüber

(5) Für Zwischenstufen von Flächengrößen sind die entsprechenden Gebührensätze rechnerisch zu ermitteln.

§ 28

Teilbeiträge

Von der Gebühr werden folgende Teilbeiträge fällig:

- (1) Nach geleisteter Ortsbesichtigung und Klarstellung der Aufgabe und der Grundgedanken 20 v. H.
- (2) Nach Beendigung des Vorentwurfs, d. h. Lösung der Aufgabe in Skizze, 10 v. H.
- (3) Nach Beendigung des Entwurfs d. h. abgeschlossener Arbeit mit etwa erforderlichen schriftlichen und mündlichen Erläuterungen der Rest der Gebühr, 40 v. H.

§ 29

Ermäßigung der Gebühren

Wenn der endgültige Wirtschaftsplan (§ 25 a, 2) und der Gesamtbedarfsplan (§ 25 b) gleichzeitig bearbeitet werden, so ermäßigen sich die Gebühren für jede der Leistungen um 25 v. H.

§ 30

Erhöhung der Gebühren

Werden Teilbedarfs- oder Teilerschließungspläne als besondere Arbeiten geliefert, ohne daß ein Gesamtbedarfsplan vorliegt, so erhöht sich die Gebühr um ein Drittel.

§ 31

Sonderleistungen

Bearbeitung besonderer städtebaulicher Einzelaufgaben, wie Platzlösungen oder Straßenanführungen in baukünstlerischer oder verkehrstechnischer Beziehung, Änderung von Flächennutzungen, Ausbildung von Flächen, Mitwirkung bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen usw., gehört nicht zu den Leistungen des § 25 a bis o und ist besonders zu vergüten.

§ 32

Vergütung baulicher Leistungen

Vorentwürfe oder Entwürfe für Bauwerke, die für die Lösung städtebaulicher Einzelfragen nötig werden, gehören nicht zu den städtebaulichen Leistungen und sind besonders nach den Gebührenätzen des zweiten Abschnittes der Gebührenordnung zu berechnen.

IV. Abschnitt

Technisch-Wirtschaftliche Leistungen, Schätzungen

§ 33

Berechnung der Gebühren

- (1) Für technisch-wirtschaftliche Leistungen, wie z. B. Gutachten, Gebäudeaufnahmen usw., ist die Gebühr entsprechend der wirtschaftlichen, technischen oder künstlerischen Bedeutung der Schwierigkeiten der Aufgabe oder nach der aufgewandten Zeit zu berechnen.
- (2) Werden Leistungen nach der Zeit berechnet, so kann neben den etwa erforderlichen besonderen Aufwendungen jede Stunde mit einem Betrag bis zu 6,- RM in Rechnung gestellt werden.

§ 34

Gebühren für Abschätzung von Grundstücken und Gebäuden

- (1) Überschlägliche Abschätzungen für Käufe, Beleihungen, Steuer-, Verpfändungs- und sonstige Zwecke nach am bebauter Fläche bzw. am umzäunten Raumes werden unter Benützung vorhandener ausreichender Zeichnungen mit 1 v. H. des Wertes der Grundfläche und des Neuwertwertes der Gebäude zur Zeit der Abschätzung berechnet.
- (2) Die Mindestgebühr für eine Abschätzung von Gebäuden oder Grundstücken mit oder ohne Gebäude beträgt 40,- RM. Werden örtliche Aufnahmen und Zeichnungen notwendig, so sind sie entsprechend den Bestimmungen des § 33 dieser Gebührenordnung besonders zu vergüten.
- (3) Ausführliche Abschätzungen nach örtlicher Neuaufnahme unter Aufstellung einer Massenberechnung sowie Anfertigung von Zeichnungen (Grundrissen, Schnitten im Maßstab 1:200 und Ermittlung der Neu- und Zeitwerte werden wie folgt berechnet:

Neuwert zur Zeit der Abschätzung	RM	Neuwert zur Zeit der Abschätzung	RM
bis RM	25 000	bis RM	300 000
25 000	300	300 000	1020
75 000	390	350 000	1150
100 000	490	400 000	1350
125 000	520	450 000	1520
150 000	630	500 000	1410
200 000	770	750 000	2100
250 000	920	1 000 000	2700

Von 1 bis 10 Millionen ermäßigt sich die Gebühr für jede Million um ein Achtzehntel v. H. liegt der Wert zwischen zwei Summen der Tafel, so wird der betreffende Gebührensatz zwischenwertig ermittelt.

(4) Die gemäß § 34 Abs. 1—2 zu errechnende Gebühr enthält nicht die Vergütung der Nebenkosten. Letztere sind gesondert gemäß § 35 in Rechnung zu stellen.

(5) Ergänzungen von Abschätzungen zwecks Berücksichtigung der Zu- und Abgänge sind je nach der Leistung bis zur Hälfte der Abschätzungsgebühr zu verbieten. Werden mehr als zwei Stücke der Abschätzungserstellung verlangt, so sind die weiteren Ausfertigungen besonders zu berechnen.

(6) Dem Architekten oder seinem Beauftragten sind bei der örtlichen Aufnahme vom Auftraggeber die erforderlichen Hilfskräfte unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für eigene Hilfskräfte des Architekten ist die Vergütung gemäß § 36 zu berechnen. Alle Unterlagen, die dem Architekten die Durchführung der Arbeiten erleichtern, sind ihm zu freien Händen zu überlassen.

V. Abschnitt

Auslagenerstellung, Honorarbuchführung

§ 35

Auslagen

Dem Architekten sind die ihm bei der Erfüllung des Auftrages entstandenen Auslagen (Nebenkosten) vom Auftraggeber zu erstatten. Hierzu gehören insbesondere:

1. Die Kosten aller für die Anfertigung des Entwurfes notwendigen Vorarbeiten und Unterlagen, wie Kataster-, Lage- und Höhenpläne, Grundbuchauszüge, Bodenuntersuchungen, Vermessungen, Modelle, Photos, statistische Erhebungen, Insaalkosten, die durch der Abschluß des Architektenvertrages oder durch Vollmacht-erhaltungen entstehende Urkundsteuer (Stempelkosten), Verwaltungsgebühren, Zahlungen von Baustellenauflösungen u. dgl.
2. Die Kosten für die Vervielfältigungen von Zeichnungen, Schrift- und Drucksachen u. dgl. bei Aufträgen, die außerhalb des Wohnsitzes des Architekten durchzuführen sind, auch die Post- und Fernspreckgebühren.
3. Die Kosten der zur Durchführung der übertragenen Leistungen, erforderlichen Reisen. Hierbei sind für Reisen im Inland des Fahrgeld (Eisenbahn 2. Klasse, in besonderen Fällen 1. Klasse, Schifffahrt, Schiff 1. Klasse oder erforderlichenfalls Kraftwagen), die Kosten der Gepäckbeförderung, Reiseversicherung und sonstiger unpersönlicher Ausgaben zu ersetzen. Für Benutzung eines eigenen Kraftwagens können 0,15 RM je km berechnet werden. Außerdem ist eine Entschädigung von 22.— RM für den Tag ohne und 30.— RM für den Tag mit Übernachtung zu vergüten, wenn nicht höhere, besonders nachzuweisende Aufwendungen notwendig waren. Für Reisen bis zu sechsstündiger Dauer wird der Betrag für die Entschädigung nur halb berechnet. Für Auslandsreisen sind besondere Vereinbarungen zu treffen. Für Reisen der Hilfskräfte sind die Auslagen zu übernehmen. Bei Hilfskräften beträgt das Tagesgeld einschließlich der Kosten für Übernachtung für erste Kräfte 20.— RM und für zweite Kräfte 16.— RM. Bei Reisen zur Erfüllung von Leistungen, die nach der Zeit berechnet werden, ist die Reise- und Wartezeit nach dem Stundensatz gemäß § 33 Absatz 2 in Rechnung zu stellen.

§ 36

Vergütung für Hilfskräfte

Werden bei der Erfüllung von technisch-wirtschaftlichen Aufgaben Leistungen von Hilfskräften erforderlich, so sind diese besonders zu berechnen. Hierbei ist neben den etwa erforderlichen besonderen Aufwendungen ein Stundensatz von mindestens ein Hundertstel des Monatsgehaltens der betreffenden Hilfskraft in Rechnung zu stellen. In diesem Falle dürfen jedoch allgemeine Geschäftspunkte nicht mehr berechnet werden.

§ 37

Honorarbuchführung

(1) Die Architekten sind verpflichtet, über ihre Gebührenerhebung und allgemeinen Geschäftspunkte nachprüfbare Aufzeichnungen zu führen. Diese müssen enthalten:

- a) Name und Anschrift des Auftraggebers,
- b) Art und Lage, Kostenanschlagssumme und Bauklasse des Bauvorhabens,
- c) Umfang der übernommenen Architektenleistungen unter Bezeichnung nach der Gebührenordnung der Architekten,
- d) vereinbartes Honorar,
- e) hierauf erhaltene Zahlungen unter Angabe des Zahlungstages,
- f) Beginn und Beendigung der Architektenleistungen.

(2) Die Reichskammer der bildenden Künste kann die Einsichtnahme in diese Aufzeichnungen verlangen.

VI. Abschnitt

Schlußbestimmungen

§ 38

Übergangsbestimmungen

Vor Inkrafttreten dieser Anordnung abgeschlossene Architektenverträge richten sich nach der bisher geltenden Gebührenordnung.

§ 39

Strafbestimmungen

Zusatzbestimmungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 28 Ziffer 2 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Reichskulturkammergesetzes vom 1. November 1933 (RGBl. I Seite 797) bestraft.

§ 40

Inkrafttreten

Diese Anordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Die Siebente Anordnung betreffend den Schutz des Berufs und die Berufsausübung der Architekten vom 15. Juli 1935 („VB“ Nr. 202 vom 21. Juli 1935) in der Fassung der Anordnung über die Gebührenordnung der Architekten vom 3. Mai 1937 („VB“ Nr. 156 vom 3. Juni 1937) tritt gleichzeitig außer Kraft.

Berlin, den 15. August 1942.

Der Präsident der Reichskammer der bildenden Künste

In Vertretung: Gail.

Anordnung über die Gebühr der Architekten vom 21. August 1942

Zum Zwecke einer einheitlichen Architektengebührenregelung für die Erfordernisse der Rüstungswirtschaft ordne ich im Auftrage des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches — Beauftragter für den Vierjahresplan — und im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda auf Grund der Erlasse vom 1. März 1942 über die Einsetzung eines Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan und vom 9. Dezember 1939 über den Generalbevollmächtigten für die Regelung der Bauwirtschaft folgendes an:

Die von dem Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste erlassene und in ihren Gebührensätzen den Kriegsverhältnissen angepaßte Gebührenordnung der Architekten, veröffentlicht im „Völkischen Beobachter“, vom 21. August 1942, gilt im Großdeutschen Reichsgebiet, im Generalgouvernement und in den vom Reich besetzten Gebieten.

Die bisher abgeschlossenen Verträge behalten ihre Gültigkeit.

Berlin, den 21. August 1942.

Der Generalbevollmächtigte für Rüstungsaufgaben im Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft
S p e c i e l

Er
geet
erfüll
Mäng
an de
die P
sich
tion v
Die
hand
Verh
den
balm
der
Diese
nung
meist
De
digke
bei de
gledet
1. Re
spr
2. Re
3. Re
4. Re
Jeder
gesch
Au
teile u
a) Für
in
hal
Zus
kei
ha
ba
des
Ent
jed
and
der
nich
b) Den
Gr
mü
mel
c) Die
teil
lur
d) Die
der
Ber
Pfl
Diese
die Ne
bevorz
und er
teile
werk
Einri
men, A
den, D
des De
bei de
werden
der ver
ung nic
sonder
gebiet
bisher
eine zu
war, di
hätte il
Aufbau
nehmen
währt
tuen a
OBZ, 1942

Mitteilungen

der Bezirksstelle Schlesien des Reichsinnungsverbandes des Baugewerkes

Nr. 3/4 Ostdeutsche Bau-Zeitung

Getrennt aufbewahren!

Breslau, 15. Januar 1942

Reichsinnungsverband des Baugewerkes, Bezirksstelle Schlesien

Fernsprecher: 549 87
Postcheckkonto: 78673

Breslau, den 15. Januar 1942.
Sandstraße 10

An alle Mitglieder!

(1) Betreff: Nadelstichholz-Einkaufsscheine für Zwecke der Herstellung von Schneezäunen

In Nr. 48 der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“ vom 27. vor. Mtz. hatten wir unter Ziffer 8 Ausführungen über Nadelstichholz-Einkaufsscheine zur Herstellung von Schneezäunen gemacht. In Ergänzung dieser Ausführungen teilen wir Ihnen folgendes mit: Die Bestimmungen über Nadelstichholz-Einkaufsscheine für Zwecke der Herstellung von Schneezäunen werden unter Bezugnahme auf die in den Nachrichten der Reichsstelle für Holz Nr. 136 vom 18. November 1941 veröffentlichte Mitteilung wie folgt ergänzt:

Für die Herabgabe von Nadelstichholz-Einkaufsscheinen für Zwecke der Herstellung von Schneezäunen sind zuständig:

1. für Reichsraum sowie Landstrassen 1. oder II. Art. und bei Ostdeutschland für den Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Berlin W 8, Pariser Platz 3;
2. für alle übrigen Straßen und Wege, mit Ausnahme der nachstehend unter 3. bezeichneten Wege, der für die Unterhaltung und Finanzierung zuständige Baukommissionen;
3. für gemeindliche Wege der Deutsche Gemeindegeld, Berlin NW 40, Alsenstr. 7. Im übrigen wird nochmals darauf hingewiesen, daß Schneezäune nach Möglichkeit aus Rundschwarten herzustellen sind, die Einkaufsscheine bezogen werden können.

(2) Betreff: Anordnung über die Entlohnung unterdurchschnittlicher Leistungen im Baugewerbe. Vom 9. Dezember 1941

In den Amtlichen Mitteilungen des Reichsministeriums der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niederschlesien ist eine Anordnung des höchsten Reichsleiters der Arbeit über die Entlohnung unterdurchschnittlicher Leistungen im Baugewerbe vom 9. 12. 1941 erschienen, die folgenden Wortlaut hat:

„Anordnung über die Entlohnung unterdurchschnittlicher Leistungen im Baugewerbe. Vom 9. 12. 1941.“

Gemäß § 1 der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 erlässt ich folgende Anordnung:

§ 1. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieser Anordnung entspricht dem beruflichen und fachlichen Geltungsbereich der Tarifordnung für das Baugewerbe im Wirtschaftsgebiet Schlesien vom 1. Januar 1937.

Räumlich gilt die Anordnung jedoch nur im Wirtschaftsgebiet Niederschlesien.

§ 2. Entlohnung bei unterdurchschnittlicher Leistung

1. Die Tariffähige gelten als Lohn für eine durchschnittliche Arbeitsleistung. 2. Gefolgschaftsmitglieder, die Leistungen vollbringen, die den an ein Gefolgschaftsmitglied durchschnittlicher Leistungsfähigkeit zu stellenden Anforderungen nicht entsprechen, können unter der tariflichen Lohnentlohnung werden. Der Lohnsatz für sie richtet sich nach dem Grade der Minderleistung.

3. Die Minderentlohnung bedarf der Zustimmung des Reichsruhmehrs der Arbeit. In Betrieben, in denen ein Vertrauensverhältnis besteht, soll sie zuvor im vertraulichen Besprechung werden.

4. Der Reichsruhmehrer der Arbeit kann eine untertarifliche Entlohnung bei festgestellter Minderleistung zwingend vorschreiben.

§ 3. Strafvorschriften

Wer dieser Anordnung zuwiderhandelt oder sie umgeht, wird gemäß § 1 der 3. Durchführungsbestimmung zum Abschnitt III der Kriegswirtschaftsverordnung vom 2. Dezember 1939 (RGBl. I S. 2376) mit einer Ordnungstrafe in Geld in unbeschränkter Höhe bestraft.

§ 4. Schlussbestimmungen

Die Anordnung tritt am 1. Januar 1942 in Kraft. Ein Abdruck dieser Anordnung ist in den in § 1 genannten Betrieben an geeigneter Stelle auszuhängen.

Breslau, den 9. Dezember 1941.
Der Reichsruhmehrer der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Niederschlesien,
Walter Schumann

(3) Betreff: Reichszuschuss für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Wohngebäuden und Wohnräumen

Auf Grund des Erlasses des Reichsruhmehrs der Arbeit vom 3. 9. 1941, wonach unter III dieses Erlasses ausgesetzt würde, daß eine Zuschußgewährung nicht zulässig ist, bei Gebäuden, bei denen die Leistungen der Antragsteller vorgenommen werden, ist die Frage aufgeworfen, ob die Ausbeuten der Häuser, die unter dieser Vorgabe der Reichsruhmehrer der Arbeit unter dem 26. 11. 1941 wie folgt gewährt werden:

Die Berechnung der Höhe des Reichszuschusses können nur tatsächlich entstandene Kosten in Betracht kommen, die durch Rechnungen der Handwerker oder in sonstiger Weise nachgewiesen werden. Die Berücksichtigung einer Kostenersparnis, die ein Antragsteller dadurch erzielt, daß er selbst mitarbeitete oder seine Angehörigen oder Gefolgschaftsmitglieder miteinsetzt, würde dem Zweck der Herabgabe von Reichszuschüssen verstoßen. Zwecks Widerspruch und ist daher unzulässig (vgl. Nr. 9 Satz 2 meiner Bestimmung vom 8. September 1941 — IV B. Nr. 6300/74/41 (RAB. I S. 388). Wenn jedoch baufreien, Handwerker oder Gewerbetreibenden, die gleichzeitig Hausbesitzer sind, in ihren eigenen Häusern Arbeiten ausführen lassen, die in den Rahmen ihres polizeilich angemeldeten Gewerbebetriebes fallen, so sind diese Arbeiten nicht als Eigenleistungen anzusehen.“

Wir bitten unsere Mitglieder, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Polier

Seit 35 Jahren der Schutz- u. Dichtungsanstich für Beton, Mauerwerk und Eisen.

Firma Paul Lechler, Inertlofabrik, Stuttgart.
Büro Breslau, Herdalsstraße 51, Fernruf 85039
Büro Oberschlesien, Bauthen O/S., Kattowitzer Str. 34, Fernruf 37 06.

(4) Betreff: Übergangsbestimmungen für die Einstufung der Gefolgschaftsmitglieder in die Berufe der deutschen Bauwirtschaft

Mit der neuen Reichsarbeitsordnung für das Baugewerbe, die wir in der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“ Nr. 5042/741 veröffentlicht haben, ist bekanntlich eine für das ganze Reich gültige, die invalidenversicherungspflichtigen Gefolgschaftsmitglieder umfassende Berufsgruppe eingeführt worden. Die vormaligen, die vormaligen, die für alle Berufe gleiche Berufsbezeichnungen und durch reichseinheitliche Mindestsaläre, in denen ein Gefolgschaftsmitglied bei beweisbarer Eignung in einer Berufsgruppe zur anderen angestellter kann. Naheres hierüber ist aus § 4 der RTO, und dem Anhang zur RTO, (Begriffsbestimmungen und Berufsleiter für die Berufe der deutschen Bauwirtschaft) zu entnehmen. Vom 1. 3. 1942 sind danach für die invalidenversicherungspflichtigen Berufsangehörigen im Baugewerbe ausschließlich die in der neuen RTO, festgelegten, eindeutigen Berufsbezeichnungen und Begriffsbestimmungen maßgebend.

Für die am 1. 1. 1941 im Baugewerbe bereits tätigen invalidenversicherungspflichtigen Gefolgsleute, welche die nach der neuen RTO, vorgeschriebenen Gesellen-, Hilfspolier- und Hilfspflegerbezeichnungen und Begriffe nicht besitzen, sind die im Anhang zur RTO, enthaltenen Übergangsbestimmungen erlassen worden, auf Grund denen sie je nach ihrer am 1. 1. 1941 innegehabten Stellung schon durch eine besondere Bescheinigung als einem der nach der neuen RTO, vorgesehenen Berufsgruppen angehört anerkannt werden können (s. RAB. Nr. 34/41, IV S. 1621).

Gemäß der in den Übergangsbestimmungen enthaltenen Anweisungen haben die dem RVO, der Bauwirtschaft angeschlossenen Mitglieder unverzüglich eine Überprüfung ihrer in den Bereich der RTO, fallenden Gefolgsleute vorzunehmen und diese in pflichtgemäßer Befolgung der im Anhang enthaltenen Richtlinien anzustufen. Jeder hienach in Betracht kommende Gefolgsmann muß, sofern er nicht z. B. schon einen Gesellenbrief besitzt vom Betriebsführer eine Anerkennungsbefähigung über die Zugehörigkeit zu der für ihn in Betracht kommenden Berufsgruppe erhalten. Diese Bescheinigungen sind dem Obermeister der zuständigen Innung zur Gegenzeichnung einzuzeichnen.

Die Anerkennungsbefähigungen werden ausgestellt für:
a) Hilfspolier- und Hilfspflegermeister, Hilfsanwärter (Gruppe I),
b) Facharbeiter (Postengeldner) (Gruppe II),
c) Spezialfacharbeiter (Gruppe IIIA),
d) Fliesenleger (Gruppe IIB),
e) Helfer (Gruppe IV).

und zwar auf die Berufsbezeichnung hin, wie sie nach § 4 Ziffer 1 der neuen RTO, für das Baugewerbe in Zahlen abgelesen; Gruppen je nach Art ihrer Tätigkeit, vorgesehen sind. Die Voraussetzungen für die Einordnung der Gefolgsleute in die Gruppen sind in den Übergangsbestimmungen zu ersehen. Hinsichtlich der Einordnung der Hilfspolier- und Hilfspflegermeister für die Übergangszeit, d. h. der Zeit bis zur Durchführung der ordnungsgemäßen Prüfungen von Hilfspolier- und Hilfspflegermeistern liegt die Beweislast, daß die Einordnung vornehmlich, eine besondere hohe Verantwortung gegenüber der Bauwirtschaft.

Die Vorseitige für die anzuerkennenden Gefolgschaftsmitglieder sind von den Mitgliedern bis zum 31. 3. 1942 auf besonderen Vordruck der für den Sitz des Betriebes zuständigen Innung zur Prüfung und Gegenzeichnung durch den Obermeister einzuzeichnen. Von den Betrieben sind hierbei einzuzeichnen:

- a) Ein Gesamtverzeichnis über die Zahl der insgesamt für die einzelnen Berufsgruppen zur Anerkennung vorgeschlagenen Gefolgsleute;
- b) eine Vorschlagsliste mit den Namen und den Berufsbezeichnungen der anzuerkennenden Gefolgsleute;
- c) vom Betriebsführer unterzeichnete Anerkennungsbefähigungen für jeden in der Vorschlagsliste aufgeführten Gefolgsmann.

Die Vordrucke sind zu beziehen vom Verlag Rudolf Müller, Eberswalde, Schirkerstraße 14, zu folgenden Preisen:
a) Gesamtverzeichnis bei 1–50 Stück 0,03 RM je Stück, über 50 Stück 0,02 RM je Stück;
b) Vorschlagsliste bei 1–50 Stück 0,05 RM je Stück, über 50 Stück 0,03 RM je Stück;
c) Anerkennungsbefähigung bei 1–100 Stück 0,04 RM je Stück, über 100 Stück 0,04 RM je Stück.

Vorstehende Anweisungen gelten nicht für die der RTO, für technische und kaufmännischen Angestellten im Baugewerbe unterliegenden Polier- und Schachtmeister, die gleichwohl in die für die verschiedenen nicht unter den Geltungsbereich der RTO, des Baugewerkes fallenden Berufsgruppen des Bauhandwerkes eingeordnet werden. Auf Rückfragen darf das gesamte Bauwirtschaft durch die vorbenannten Maßnahmen Gelegenheit gegeben wird, in den Unterführer- und Gewerbetreibenden der Bauwirtschaft, das selbst immer wieder durch ungenügende Kenntnisse der Bauwirtschaft, die Ordnung zu bringen, wird von allen Gewerbetreibenden erwartet, daß sie die notwendigen Arbeiten mit größter Gewissenhaftigkeit erledigen und die damit verbundene zusätzliche Mehrbelastung im Interesse des Berufsstandes bereitwillig auf sich nehmen.

(5) Betreff: Umstellung der Diesel-Antriebsmotoren auf heimische Brennstoffe

In Nr. 44 der „Ostdeutschen Bau-Zeitung“ vom 30. 10. 1941 haben wir unter Ziffer 15 unseren Mitgliedern Kenntnis über die Umstellung der Diesel-Antriebsmotoren auf heimische Brennstoffe gegeben. Wir erhalten nunmehr die Mitteilung, daß die technischen Entwicklung und die vorbereitenden Arbeiten für den Umbau der Dieselmaschinen unter 25 PS auf heimische Brennstoffe jetzt soweit gefördert sind, daß die Umstellung im Rahmen der in unserem obengenannten Rundschreiben be-

BORGWALDEN HOLZVERTRIEB
HANS SCHRODER
BERLIN W 15 · Hohenzollerndamm 209 · Fernsprecher 92 1444/45
HOLZHAUS - HALLEN - & PARKHAUS



Gegen Wasserandrang

schützt den Taucher der Anzug -
BAUTEN werden dagegen mit

ISOLAMENT I

dem hochkonzentrierten Mörtelzusatz,
ebenso sicher abgedichtet. Kein Aus-
blühen des Zements.

Alleinhersteller:
Gustav Schmidt & Co., Chem. Fabrik, Hamburg-Eidelstedt

Reichsstand des Deutschen Handwerks besondere Aufmerksamkeit. Er entspricht damit gleichzeitig einem Wunsche des Reichswirtschaftsministeriums, das durch den Leiter des Amtes für Berufsbildung und Leistungsbildung, Prof. Dr.-Ing. Arnhold, gerade die Lehrwerkstätten des Handwerks fördern will, zu schließen. Das Handwerk muß selbst tatkräftig daran mitarbeiten und in Zusammenarbeit mit der deutschen Arbeitsfront die Schwierigkeiten zu überwinden suchen, die sich der Entwicklung und dem Ausbau der Lehrwerkstätten etwa entgegenstellen können. Wenn manchmal behauptet wird, die Gegenwart sei mit anderen wichtigeren Aufgaben erfüllt, als daß man sich mit der Neuerrichtung von Lehrwerkstätten jetzt befassen könne, so ist dem entgegenzuhalten, daß hier keineswegs bis nach Beendigung des Krieges gewartet werden darf, um den handwerklichen Nachwuchs nicht hinter die Ausbildungsmöglich-

Ob die Unterweisung in solchen Lehrwerkstätten in Internatsform während einer ausnahmsweise längeren Zeit des Jahres vor sich gehen soll oder ob wie bisher an einzelnen Tagen der Unterrichtszeit, ist eine Frage zweiter Ordnung. Ihre Beantwortung hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zunächst muß aber eine Lehrwerkstatt vorhanden sein, und es müssen die notwendigen Bedingungen vorliegen, die auch über pädagogische Eigenschaften verfügen. Das heißt, daß die Lehrkräfte des deutschen Handwerks, die in der Werkstatt unterrichten, über ein hohes Maß an Fachkenntnis und Erfahrung im deutschen Handwerkswissen verfügen. Das heißt, daß die Lehrkräfte des deutschen Handwerks, die in der Werkstatt unterrichten, über ein hohes Maß an Fachkenntnis und Erfahrung im deutschen Handwerkswissen verfügen. Das heißt, daß die Lehrkräfte des deutschen Handwerks, die in der Werkstatt unterrichten, über ein hohes Maß an Fachkenntnis und Erfahrung im deutschen Handwerkswissen verfügen.

Die Weiterbildung der Handwerksgesellen, insbesondere ihre Vorbereitung auf die Meisterprüfung, ist eine Aufgabe, der sich die Organisationen ebenfalls starkstens zu widmen haben. Zunächst ist an die von

der Handwerkskammer schon seit vielen Jahren durchgeführten Fortbildungskurse auf die Meisterprüfung zu denken. Sie sind auf die allgemeinen theoretischen Wissensgebiete abgestellt und behandeln neben der Buchführung und der Kalkulation die Aufgaben des Werkers, der im öffentlichen Wirtschaftsleben steht, bedeutsamen Fragen der Rechtskunde, der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts sowie des Genossenschaftswesens und sonstiger Wirtschaftsgesetze, wie auch das Geldwesen und den Zahlungsverkehr. Hinzukommt das Prüfungs-, das Steuer- und das Privatversicherungswesen. Im Rahmen des Berufslehres wird der Lehrling die weltanschauliche Schulung, die durch die Verbindung mit der deutschen Arbeitsfront in der praktischen Arbeit und notwendige Ergänzung erfährt auf der Arbeitsfront im Gebiet, in dem er tätig ist, erhalten. Die deutsche Arbeitsfront hat sich die Vorbereitungen zu treffen haben, damit der Meisterprüfung nicht nur die Prüfung lernt und das Gehörte bald wieder vergißt, sondern sich für seinen künftigen selbständigen Beruf weiterbildet. Hier müssen dann die Fortbildungsmaßnahmen anknüpfen, die auch den jungen und älteren Meistern die Möglichkeit bieten, ihr Wissen und Können zu erweitern, nicht nur einmal Gelehrten haltzuziehen, sondern die Erziehungsschritte der Arbeitsfront zu vollenden.

Durch die Ausbildung und Schulung nach dreierlei Richtung hin ist es möglich, das deutsche Handwerk zu einer Elitetruppe zu machen und es auf der leistungsmäßigen Höhe zu halten, die ihm allein die Gewähr dafür bietet, daß es seinen erhöhten Pflichten der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Wirtschaft gegenüber in vollem Umfange nachkommen kann.

Architektenlehrgänge der Beratungsstelle „Gutes Licht“ in Berlin

In den letzten Jahren ist von den verschiedensten Seiten die Notwendigkeit betont worden, die Architekten mehr als bisher mit der neuzzeitlichen Lichttechnik vertraut zu machen. Während der Lichttechniker kein Architekt zu sein braucht, hat dagegen der Architekt bedürfnis, Aufgaben zu lösen, die auch lichttechnische Kenntnisse voraussetzen. In der Beratungsstelle „Gutes Licht“, Berlin, hat aus diesem Grunde in Überanstrengung der letzten Jahre der bildenden Künste Sonderlehrgänge für Architekten und Bautechniker durchgeführt. Seit April 1941 wurden in acht Kursen rund 250 Personen, hauptsächlich Architekten, in die Lichttechnik eingeführt. Die Lehrgänge, welche in den Reihen der Architektenschaft besonderen Anklang gefunden haben, werden Anfang Januar 1942 wieder aufgenommen. Der Stoff ist auf fünf Doppelstunden verteilt. Für Berlin NW 7, Linsensche Straße 10, ist die Beratungsstelle „Gutes Licht“,

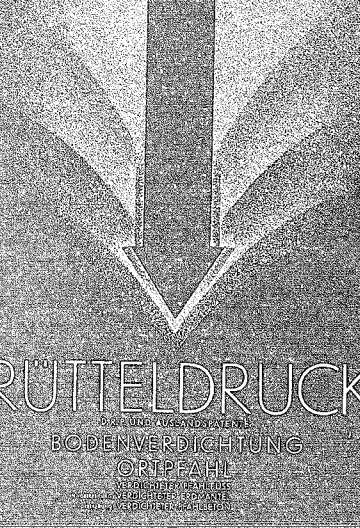
Handwerkliche Gestaltung der Küche

Das Reichsheimstatutem der DAF, und die Reichshandwerksführung (Reichsstand der Deutschen Handwerks und Facharbeit „Das Deutsche Handwerk“) der DAF, haben eine Arbeitsvereinbarung zur Herausgabe von **Werkblättern für handwerkliche Gestaltung** getroffen, als deren erste Folge in Zusammenarbeit mit dem Reichsinnungsverband des Tischlerhandwerks ein von Dr.-Ing. Hermann Fetsch, Dr. Albert und Erwin Haberer (Württ. Landesgewerbeamt Stuttgart) bearbeitetes Heft „Die Küche“ erschienen ist. Diese Werkblätter setzen die Möbelerzeuger in die Lage, ihre Modelle den im sozialen Wohnungsbau vorgesehenen Raumverhältnissen anzupassen. Die Vorschläge des Heftes erlauben dem Hausgestalter, durch Profile, entsprechende Materialverwendung, Wechsel in der Konstruktion u. a. m. für jede Betriebsform und für die verschiedensten Bedürfnisse geeignete Modelle von Küchenbank, Kirschentisch und Hocker unter Vermeidung einformiger Typisierung zu schaffen. Die Modelle haben einheitliche Maße, wobei durch Normierung einzelner, z. B. Türen, Schränke usw. eine rationellere Herstellung in größeren Serien möglich ist. Weitere Hefte über das Schlafzimmer, das Wohnzimmer usw. sind in Vorbereitung.

RHA.

Bauwirtschaft braucht zusätzlich 29 000 Ingenieure

Das Baufach gehört zu den Berufsgruppen, deren Nachwuchswahl angesichts der kommenden besonders großen Aufgaben bevorzugt zu be-
liehen ist. Nach einer Übersicht des Leiters der Arbeitsgemeinschaft
"Fachschulfragen" der Fachgruppe Bauwesen, Oberbaurat/Herrn Heinrich
"meister" veröffentlicht, müssen jährlich 125 v. H. der Zahl der Fach-
arbeiter des Bauhandwerks an Lehrlingen zur Verfügung stehen, um auch im
Bestand zu halten. Nun ist es zwar bereits gelungen, eine Steigerung
des Lehrlingsbezugs für das Baufach zu erzielen, jedoch bedeutet die
sonstige Entwicklung der Bauwirtschaft eine noch nie dagewesene Erweite-
rung unseres jährlichen Bedarfs. Nach Berechnung der Wirtschafts-
fachgruppe Bauhandwerk würde allein eine Steigerung des Bedarfs um
10 Milliarden RM 8000 Diplomingenieure und 21 000 Fachschul-
ingenieure zusätzlich erfordern.



RÜTTELDRUCK

DAMPF-ALUMINIUMSTÄBEN

BODENVERDICHTUNG

ORTSPEAHL

VERDICHTEITUNGSMIX

DAMPF-ALUMINIUMSTÄBEN

ORTSPEAHL

JOHANN KELLER

VERDICHTEITUNGSMIX

DAMPF-ALUMINIUMSTÄBEN

Preis für 100 kg netto RM 24,- einschl. Verpackung ab Werk. Verbrauch b. normalem Grund: 1 kg für 5-4 qm 2x streichen, bei rauhem Grund: entsprechend mehr.

Beeck'sche Farbwerke . Aurel Behr . Krefeld

Kann bei der Beleuchtung der Arbeitsräume elektrische Energie eingespart werden?

Bei der Einsparung von elektrischer Energie in den Betrieben ist zu berücksichtigen, daß der Anteil des Stromverbrauches für Beleuchtung im Vergleich mit dem Gesamtverbrauch im allgemeinen gering ist. Im Einvernehmen mit der Reichsgruppe für die Elektrizitätswirtschaft hat der Hauptausschuß „Gutes Licht“ im Reichsamt „Schönheit der Arbeit“ folgende Gesichtspunkte herausgestellt, wie gegebenenfalls durch Einschränkung in der Beleuchtung eine Einsparung an Elektrizität herbeigeführt werden kann, die auch der Reichsarbeitsminister in einem Rundschreiben den Gewerbeamtschreibern bekanntgegeben hat:

1. Es ist zunächst grundsätzlich zu prüfen, ob der Stromverbrauch durch Beleuchtung im Verhältnis zum Gesamtverbrauch so hoch ist, daß eine Einschränkung der Beleuchtung füllbare Stromsparens ergibt.
2. Ist dies der Fall, ohne Arbeitsablauf, Produktionsumfang und Unfallsicherheit unzulässig zu beeinträchtigen, so soll die Einsparung grundsätzlich durch sparsame Benutzung der Beleuchtung erfolgen, nicht aber durch Verwendung kleinerer Lampeneinheiten.
3. Falls Einsparung elektrischer Energie durch Beleuchtung erfolgen kann, ist ferner zu prüfen, ob das erstrebte Ziel nicht durch andere Maßnahmen erreicht wird.

Hierfür werden einige Möglichkeiten genannt: Verzicht auf künstliche Raumbelichtung während der Tageszeit durch sorgfältige Instandhaltung der Leuchteintrittsöffnungen oder Andeuerung an Verdunkelungseinrichtungen (Entfernung statt eingebauter Vorrichtungen bzw. Farbanstrichen und deren Ersatz durch abnehmbare Vorrichtungen). Bei Änderungen der Raumbelichtung ist es zweckmäßiger, eine Anzahl Leuchten durch Leuchtstrahlen der Lampen oder Leuchten zu ersetzen als die Bestimmung sämtlicher Leuchten mit kleineren Lampeneinheiten vorzunehmen. Ist in Einzelräumen neben Raumbelichtung auch Arbeitsplatzbeleuchtung vorhanden (Büros usw.) so kann man oftmals auf den Vorteil der Raumbelichtung verzichten, anstatt beide Beleuchtungen mit kleineren Lampeneinheiten zu bestücken.

großes Interesse bei Handwerk und Industrie für neue Erfindungen

Das Amt für technische Wissenschaften im Zentralbüro der DAF, hat im Einvernehmen mit der Reichsgruppe Industrie und dem Reichsamt des Deutschen Handwerks die Errichtung einer Nachweis- und Erfindungsstelle in die alle Firmen eingeschrieben werden, die an der Erwerbung neuer Erfindungen in dem Rahmen ihres Fabrikationsprogramms interessiert sind.

Die vielen Meldungen, die inzwischen eingelaufen sind, beweisen das therapeutische Interesse der deutschen Industrie für neue Erfindungen, wobei sich das Interesse nicht nur auf die Weiterentwicklung kriegswichtiger Erfindungen erstreckt; vielmehr lassen die angegebenen Arbeitsgebiete erkennen, daß nicht zuletzt die vorzüglichen Vorarbeiten für die Fabrikation der kommenden Friedenswirtschaft eine Rolle spielen.

Die direkte Vermittlung von neuen Erfindungen, die vom Amt für technische Wissenschaften einer allgemeinen Brauchbarkeitsprüfung unterzogen sind, über die Nachweis- und Erfindungsstelle stellt nicht nur für den Erfinder eine „Erleichterung seiner Verwertungsbenützung dar, sondern erspart auch den einzelnen Firmen die sonst immer wieder notwendige Arbeit, auf die vielfältigen, die häufig gar nicht interessierenden Angebote einzelner Erfinder eingehen zu müssen. Angebot und Nachfrage sind jetzt gewissermaßen vereinigt, so daß die Erfindungen der schnellsten und reibungslosesten Weise neue Erfindungen praktisch bewertet und verwertet werden können. Bei der Ausweitung des großdeutschen Wirtschaftsraumes ist gerade dies von besonderer Bedeutung.

Firmen, die aus irgendwelchen Gründen von Schaffung der Nachweis- und Erfindungsstelle keine Kenntnis erhalten haben, jedoch an der Eintragung interessiert sind, können sich unter Angabe ihres Fabrikationsprogramms direkt an das Amt für technische Wissenschaften, der DAF, München 5, durchsuchen lassen, um die Erfindungen, die ihre Patente und neuen Erfindungen auf ihre allgemeine Brauchbarkeit prüfen lassen und von den durch die Nachweis- und Erfindungsstelle geschaffenen Möglichkeiten Gebrauch machen wollen, steht es ebenfalls frei, sich unter Beifügung der Unterlagen an die Abteilung für technische Wissenschaften in Breslau 5, Salvatorplatz 5, Anruf 5 66 68, zu wenden.

Eine „Meisterzunft“ in Oberschlesien

Auf Veranlassung des Landeshandwerksmeisters Obst wurde für Oberschlesien eine Arbeitsgemeinschaft des schöpferisch gestaltenden Handwerks in Aussicht genommen, die unter dem Namen „Meisterzunft“ alle schöpferisch tätigen Handwerker des Bezirks umfassen soll. Die Beratung in die „Meisterzunft“ wird der Gauleiter vornehmen. R.H.

TREPINI

SCHNELLBINDEMittel

FÜR WASSER-EINBRÜCHE UND EINGEBETON-ARBEITEN

DE BUCHTMANN & CO. HAMBURG

Zu beziehen vom Baustoffhandel

Halting des Mieters für Winterschäden

Aus dem Reichsheinstättenamt der Deutschen Arbeitsfront wird uns geschrieben:

Dem Mieter obliegen zwar Instandsetzungsarbeiten nur dann, wenn er sie vertraglich übernommen oder wenn er die Schäden schuldhaft verursacht hat. Sonst ist der Vermieter gemäß § 536 BGB. zur Ausführung verpflichtet. Unabhängig davon besteht aber stets eine in der höchstgerichtlichen Rechtsprechung verankerte sogenannte „Obhutspflicht“ des Mieters, die diesen zur pflichtigen Behandlung der Mietsache, unter anderem auch zur Verhütung von Frostschäden verpflichtet ist. Diese Obhutspflicht ist durch § 548 BGB. begrenzt, worin bestimmt ist, daß die Mieter Veränderungen oder Verschlechterungen der gemieteten Sache, die durch einen vernünftigen Gebrauch herbeigeführt werden, nicht zu vertreten hat. Im Rahmen der Obhutspflicht ist aber, wie der Vorsitzende einer Mietkammer des Landgerichts Berlin, Landgerichtsdirektor Dr. Bandmann, in „Deutsches Recht“ 1940 S. 620 ff. näher ausführt, der Mieter verpflichtet, sich davon zu überzeugen, daß Wasserzapfahnen, Abflußstellen der Spülkästen usw. nicht „trocken“, nicht dauernd Wasser in kleinen Mengen lassen, abgesehen von der dem Vermieter belassenden Wasserverwendung besteht nämlich die Gefahr, daß dieses in geringen Mengen abfließende Wasser bei strengem Frost zur Eissbildung in den Abflußrohren und zu deren Verstopfung führt. RHA.

Einheitliche Lehrmittel, einheitliche Werkbücher

Der Reichswirtschaftsminister hat das Reichsinstitut für Berufsbildung im Hinblick auf die Vereinheitlichung der bisher vom Reichsinstitut und von der DAF, für die Ausbildungslieferanten in der gewerblichen Wirtschaft herausgegebenen Lehrmittel beauftragt. Für diese Arbeiten wurde ein Sonderausschuß eingesetzt, der aus besonders erfahrenen Leitern von Lehrwerkstätten verschiedener Betriebe besteht. Die Erfahrungen der Praxis werden für die Neugestaltung der Lehrmittel verwendet. Im Rahmen dieser Vereinheitlichung wird auch die Bearbeitung eines einheitlichen Werkbuches durchgeführt. Die etwa 10 bestehenden Beziehungen für Werkbücher sollen gleichzeitig durch eine für alle Fachbereiche brauchbare Bezeichnung ersetzt werden, das „Berichtsheft für die Berufserziehung“. Für die Einführung in die Praxis wird eine angemessene Übergangszeit vorgesehen werden. Die Wirtschaftskreise brauchen nicht zu befürchten, daß die zurzeit benutzten Lehrmittel in absehbarer Zeit für die weitere Ausbildung im Betrieb wertlos werden könnten.

Unfallverhütung im Tiefbau

Drei Aufklärungsheftchen mahnen zur Vorsicht

Ein Bremser versuchte nach Umstellung einer Weiche auf den Bremswagen des fahrenden Zuges aufzuspringen. Hierbei rutschte er aus und kam unter die Räder eines Wagens, wobei ihm beide Beine abgefahren wurden. Die schweren Verletzungen führten später zum Tode.

Beim Bedienen einer Mischtrammel stieß der Maschinist auf den feststehenden Bogen im Betriebs befindlichen Trommel, er glitt ab und kam mit seiner Hose in den Radraum der Trommel, da das Schutzblech fehlte, und wurde mit dem Unterschenkel ins Getriebe gezogen; er erlitt einen schweren Beinbruch.

Viele Beispiele solcher vermeidbaren Unfälle hat die Tiefbau-Berufsgenossenschaft, Berlin-Wilmersdorf, unter Beifügung zahlreicher Bilder in drei handlichen Heftchen „Erdbau“, „Baumaschinen“ und „Baustoff- und Geräte-Transport“ vereinigt, die zu Aufklärungswecken gegenwärtig zu vielen Tausenden an die Gefolgschaftsmitglieder des Tiefbauhandwerks verteilt werden. Unfälle sind Anfälle im Abwehrkampf, Betriebsführer und Gefolgschaftsmitglieder: sorgt für eine zweckmäßige Organisation des Unfallschutzes in Euren Betrieben, damit sich das Ansteigen der Unfallkurve aus dem Weltkreis nicht wiederholt!

Vereinheitlichung der lüftungstechnischen Maschinen und Geräte

Im Rahmen der allgemeinen Normbestrebungen ist die Reichsstelle für Lüftungstechnik und Lüftungswesen mit der Durchsicht der auf dem deutschen Markt befindlichen Maschinen und Geräte beschäftigt. Die Reichsstelle wird nach Abschluß der Arbeiten ihre Vorschläge der Lüftungsindustrie und der interessierten Wirtschaft unterbreiten. Es ist zu erwarten, daß auf Grund dieser Maßnahmen eine Vereinheitlichung erfolgt, die eine Ordnung auf dem lüftungstechnischen Gebiete bringt.

Persönliches

Zum Ehrenmeister des Deutschen Handwerks ernannt

Kreuzburg OS. Am seinem 80. Geburtstag wurde der Maurermeister und Ehrenobermeister der Baugewerks-Innung in Kreuzburg, Thomas Skaleitz, zum Ehrenmeister des Deutschen Handwerks ernannt.

Todesfälle

Maltzsch Schles. Banmeister und Sägewerksbesitzer Karl Kiese-wetter, 65 Jahre.

Parkettfußböden

In jeder Ausführung liefert und verlegt

Fritz Pohl, Saurer Parkettkantor, Sornau

Telefon 2115 Telefon 21 16

für Beton, Mauerwerk und Eisen
auch nach AIB., zugelassen
bei der Deutschen Reichsbahn.
Herst. Gebr. Schierling, Inh. Johs. Schierling
Königsberg Pr. / Marienburg Wpr.

Ernst Schulze, Schönberg OL.

Diplom-Ingenieure mit praktischen Erfahrungen, aber auch Anfänger für Büro und Baustelle zum baldigen oder späteren Eintritt suchen wir für unser Hauptbüro u. Zweigniederlassung; gute Aufstiegsmöglichkeit. Hoch- und Tiefbau-techniker für Büro- und Baustelle. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisausschnitten und Gehaltsansprüchen an Gleitbau Klotz & Co. Eisenbetonbau, Hoch- u. Tiefbau, Frankfurt - Main, Grüneburgweg 88.

Lehrhelfer für Baugeschäft und Holzbe-
arbeitungsfabrik, bilanzsicher, m. Konten-
rahmen vertraut, guter Organisator, in
selbständige Stellung per sofort oder
später gesucht. Herren, die diesen An-
forderungen entsprechen, wollen ihre
Bewerbung unter M 108 an die Ge-
schäftsstelle dieser Zeitung einreichen.

bedeutende Baustoffgroßhandlung i. G.
Danzig-Westpreußen ist bereit, die Ver-
tretung für Baumaschinen aller Art für
die Ostgebiete zu übernehmen. Angeb-
unt. N 104 a. d. Geschäftst. dies Ztg.

Genieurbaugesellschaft sucht für die ihr angeschlossenen Arbeitsgemeinschaften auch die Übernahme von Großbauten für Hoch- und Tiefbau, Straßen- und Brückenbau, Beton- und Eisenbetonbau. Angebote unter B. R. 5 an Ala. Bremen.

Kauf und Miete ab Lager Posen lieferbar. Bischoff & Nieberding K.-G., Feldbahnfabrik, Posen, Beselerstraße 49.

Wohnbaracke für 20 Mann, gebraucht oder neu zu kaufen gesucht. Angebote unter N 105 an die Geschäftsstelle des Zelt-

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hochbauingenieur Paul Neumann, Breslau.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: I. V.: Paul Steinko, Breslau. Anzeigenpreis:
Nachlasse und Vorzugsplätze nach Preisliste Nr. 7. Postauflieferung: vierzehntäglich.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hochbauingenieur Paul Neumann, Breslau.
Für den Anzeigenteil verantwortlich: I. V.: Paul Steinko, Breslau. Anzeigenpreis:
Nachlasse und Vorzugsplätze nach Preisliste Nr. 7. Postauflieferung: vierzehntäglich.

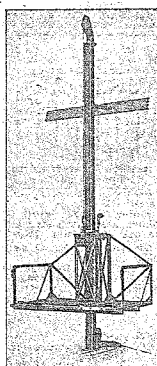
Schnellbau-Aufzüge neueste Ausführung

Schnellbau-Zahnradwinden

(Stationäre u. fahrbare Ausführung, mit Riemen-, Elektro-, Benzin- od. Dieselantrieb) für 600-750-1000-1500-2000 und 3000 kg Tragkraft lieferbar

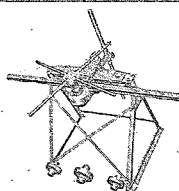
Maschinenfabrik OTTO KAISER KG.
St. Ingbert und Oberlahnstein

Verkaufsbüro Berlin W 9
Potsdamer Platz, Columbushaus
Fernsprecher 224482



BAUEN IM WINTER
mit
FROSTSCHUTZ B 12

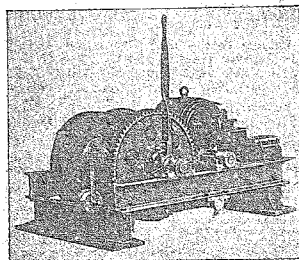
GUSTAV-A-BRAUN-BIBERWERK
Köln · Berlin · Stuttgart · Hamburg · Prag



Schienenricht- und
Biegemaschinen

somit kurzfristig lieferbar!

Puls & Bauer
Baumaschinen, Werkzeuge und Geräte
Hamburg 9, Spaldingstraße 62, 67



Rundes Bauholz nach Liste

aus überdorrter Althannfichte/Tanne, gerade, vollholz, feinfällig, tragkräftig, leicht, für Dämmarbeiten, Großgerüste, Absteifungen u. ä. liefern wir gegen Rundholz-Einkaufscheine reell, zuverlässig, zu vorgeschriebenen Terminen und bis zu den schwersten Dimensionen.

Althann Holz-A.-G., Mittelwalde, Schles. X
Ruf 22, Telegramme: Althannholz

Referenzen: Erste Großbaugeschäfte Deutschlands

Hugo Olbrich vorm. Max R. Irmischer K. G., Gottesberg-Waldenburg, Ruf Gottesberg 150, Gegr. 1898

Baunter-
nehmung für **Fabrikschornsteinbau**
und Erhöhung / Dampfkessel-Überhitzer- und Vorwärmereinmauerungen / Einbau von Hängendecken
Wohnungsbau / Baumaterial-Lieferung
Alle vorkommenden Reparaturarbeiten / Feuerungstechn. Beratung

Karbolineum

farbig

Hugo Thüne, Breslau 18
Hohenzollernstr. 119 / Ruf 80110

Kläranlage Zehrwolf

für Haus-
Industrie und
gewerbliche Abwässer
Belastungsfähigkeit
gänzlich bewährt
Junker & Barmann
Neumarkt i. d. Ohe

BITUKASADSTEIN

Die vollkommenen, strapazen-
beständige und ausboden-
platten für jede Beanspru-
chung kurzfristig lieferbar

WILHELM ZIEGLER
Berlin-Waldow, Steinwerk
Berlin-W30, Spreeufer Str. 20



FLIESEN

KERAMIK-AUSFÜHRUNGEN

Hermann Wilke
Landsberg (Warthe)
Fliesen-Baukeramik
Fernruf: 35 61 u. 35 81

BAUPUMPEN

In verschiedenen Aus-
führungen und Größen
fast immer ab Lager

K. Heinz Staunau, Hamburg 22
Lokopelstraße 23/25
Ruf 23483/52, nach 20 Uhr 246526

Achtung!

Für alle Schaffenden:

Holz- RM 1,89



Größere Mengenabgabe möglich.
Oberteil Textil. Jetzt sofort
aus Vorrat zu haben bei

Wollweber
Schmiedebrocke 5-6 und GRAUENSTR. 2-4
Breslau. Dem Kunden-Kredit angeschlossen

Dachpappen, Isolierpappen

Asfaltfällisolierrplatten
Dichtungsbahnen, Schutzbahnen
Teerprodukte aller Art
Kaltstreichbarer Isoliergoudron

Gußasphalt
als Fußbodenbelag u. als Unterlage
für Linoleum usw.
Abdichtung von Bauwerken
nach den AIB Vorschriften
J. Hoffmann, Frankenstein i. Schl.
Dachpappen- u. Betonwarenfabrik

Türen

auch voll abgesperrt
Fenster

fertigt serienmäßig
Holzverarbeitungs-fabrik
Wolfram Schreier KG.
Schwarze über Oels Schl.
Fernruf Oels/Schl. 143

FLUATOL
 SCHÜTTUNGSMASSE
*Leichtes Ausschütten
 vom Beton*
 HANNSCHILDE
HANS HAUENSCHILD, HAMBURG-WA

REPAL

**STAHL-
 FENSTER-
 TÜREN-
 TORE-
 SCHUTZRAUM-
 TÜREN-BLENDEN**



REPAL STAHL-FENSTER
 GMBH LEIPZIG N. 25

DADA
**Fugenverguss-
 masse**
 und alle AIB-Abdichtungsstoffe
DAVEDA DRESDEN N30
 BERLIN W35
 KUM GES. ESPIG WOLTERSDORF BA

ZUM BAUEN UND ZIMMERN



KRAGES-PLATTEN

bieten durch ihre wertvollen Eigenschaften vielseitige Verwendungs-möglichkeiten. Die Großflächigkeit dieses Baustoffes aus Holz, der Nutzholz erspart, gestattet eine rasche Arbeitsweise.

Krages-Platten werden mit den üblichen Werkzeugen des Tischlers und Zimmermanns bearbeitet.

Die Maße 510x165 mm in den Stärken 3, 4 und 5 mm ermöglichen bei Innen- und Außenverkleidungen eine große Arbeits-erleichterung.

Über weitere Einzelheiten unterrichtet Sie gern unser Beratungs-dienst. Zurzeit steht unsere Produktion im Dienste der Kriegs-wirtschaft. Der Verkauf erfolgt ausschließlich durch den Fachhandel.

KRAGES-KRIETE

BERLIN-CHARLOTTENBURG 2, LEIBNIZSTRASSE 18
 WERKE, KÖNIGSBERG-PR. • SCHÖNHEIDE-ERZG. • SCHEUERFELD-SIEG

IM FREIEN UND INNERN

**Feuerschutzfarbe
 Dr. Dietrich's
 Pyrit**

Selt 1931 bewährt.
 Nur einmaliger Anstrich
 erforderlich! in weiß, au
 Wunsch in anderen helle
 Farb-tönen.

Columbort Dr. Erich Dietrich
 Chemische Fabrik, Dresden-A 66
 Plötenhauerstraße 78/80
 Vertretung Wilhelm Busch
 Breslau 16, Märchenweg 2

GLAS
 für Bauten aller Art
 Schleische Glasmanufaktur
 L. Mandler, Görlitz

**„Hydora“
 Kläranlagen**
 für
 Einzelhäuser
 Siedlungen
 Industrie
Friedr. Hennings, H. G.
 Deutsch Krone (Pom.)

Betonmischer
 Fernruf:
 64211
ERICH BRANGSCH GMBH.
 Feld- u. Kleinbahnen
 ENGELSDORF-LEIPZIG

„Arki“-Matte

Anerkannte Dämmung gegen Kälte • Wärme • Schall

GEBRÜDER LEUTERT Fabrik für Dämmstoffe • Ingenieurbüro

BERLIN-OBERSCHÖNEWEIDE, RUMMELSBURGER CHAUSSEE 100/112.

RUF 630654

Vertretung: Elmar Brendgen, Breslau, Gutenbergstraße 42. Ruf 35143

SIGLA das splitterbindende Sicherheitsglas **SIGLA**
 KUNENSDORF